Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau — Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 1150 Mk., monatl. 385 Mk. In den Ausgabestellen vierteljährl. 1050 Mk., monatl. 350 Mk. Bei Postbezug vierteljährl. 1155 Mk., monatl. 385 Mk. In Deutschland unter Streifband monatl. 30 Mk. deutsch. — Einzelnummer 25Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für Posen und Pommerellen die 34 mm breite Kolonelzeile 40 Mk., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Mk. Für das übrige Polen 50 bzw. 200 Mk. Ausland und Freistadt Danzig 4 bzw. 15 deutsche Mk. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich. — Offerten- u. Auskunftsgebühr 50 Mk. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheck-Konto Stettin 1847.

Nr. 138. Bromberg, Sonnabend den 15. Juli 1922. 46. Jahrg.

Tannenberg.

Die Polen feiern die am 15. Juli 1410 geschlagene Schlacht bei Grunwald-Tannenberg als ihren größten Sieg, als einen Triumph der polnischen Kultur. Man kann darüber auch anders denken, wie etwa der Papst Johann XXIII., der in einer Ablaßbulle die Schlacht als einen „erstaunlichen und schauderhaften Kampf" bezeichnete, welcher von einigen Abergläubischen auf Anreiz des bösen Feindes (gemeint ist Jagiello) gegen die Christgläubigen unternommen wurde".

Der militärische Sieg Jagiellos mit seinen tatarischen, russischen und vor allem litauischen Hilfstruppen, die den Ausschlag gaben, läßt sich allerdings nicht leugnen; aber er wurde in mehr als doppelter Überzahl errungen. Die Kriegsgeschichte, auch in Polen, kennt ruhmreichere Siege.

Was den „Triumph der polnischen Kultur" anlangt, so darf heute daran erinnert werden, daß gerade der deutsche Orden die Waldwildnis der Preußen zu hoher Kultur gebracht hat: Städte wurden gegründet, feste Burgen erbaut, Ansiedler angesetzt, Äcker gerodet. Die ersten Weichseldämme wurden errichtet, Kanäle und Wasserleitungen erbaut. Bald ragten neben vielen anderen Kirchen gewaltige Dome zum Himmel und das Hochschloß, die Marienburg, war ein Bau von außerordentlicher Größe und Pracht, wie ein zweiter kaum zu finden ist. Recht herrschte im Lande und eine zwar strenge, aber durchgreifende Ordnung. — Und dasselbe Land war unter polnischer Herrschaft bald eine Einöde geworden. Friedrich der Große klagte drei Jahrhunderte später, daß er eine Anarchie übernommen habe, daß alles außer Rand und Band sei, daß in Culm, das 800 Häuser haben sollte, nicht 100 ständen, daß die Einwohnerzahl von Bromberg auf 600 gesunken sei, daß von dem Acker kaum der dritte Teil nutzbar gemacht wurde und daß es Schulen in den Städten nur wenige, auf dem Lande gar keine gäbe.

Wir stellen diese Tatsachen nicht etwa deshalb fest, um das alte Polen zu schmähen. Wir wollen nur jenen polnischen Pressestimmen, die gerade jetzt in ihren Jubiläumsartikeln nicht genug die Großtaten der Ordensritter auf damals preußischer, nicht polnischer Erde herabsetzen können, die Wahrheit entgegen halten.

Wir erinnern noch an ein anderes, an jene Schlacht bei Tannenberg, in der Hindenburg die vielfache russische Übermacht besiegte und dadurch die Grundlage für die junge polnische Republik legte. Glaubt denn jemand, daß es ohne diese kreuzritterliche Ta tdes zweiten Tannenberg eine polnische Selbständigkeit gäbe?

Der Name Tannenberg birgt für die jeweiligen Sieger eine tiefe Tragik. Jagiello von Litauen schlug wohl den Ordensstaat, aber er machte damit die Bahn für das weltliche Preußen frei. Hindenburg aber wollte Rußland treffen und Polen befreien und mußte es erleben, daß zugleich mit dieser Schwächung Rußlands und Befreiung Polens sein eigenes Land an den Rand des Abgrundes geriet.

Die Geschichte führt die Menschenkinder seltsam verschlungene Wege. Tannenberg ist ein Merkstein dieser Rätselhaftigkeit.

Geschichtliche Lehren.

Angesichts der durch die Warschauer fast sechs Wochen lang andauernde Regierungskrise hervorgerufenen chaotischen Zustände in Polen verlohnt es sich — so schreibt der „Kurjer Poranny" — einen Rückblick zu tun auf die Zeit vor 268 Jahren, als die im Sejm herrschende Demagogie, die auch heute noch Triumphe feiert, gleichfalls einen erbitterten Kampf gegen den damaligen Lenker der polnischen Staatsgeschicke für unumgänglich nötig hielt.

Damals, wie heute herrrschte in Kiew das russische Militär, und die sowjetistisch-kosakische Ukraine unterwarf sich den Russen. Der Unterschied zwischen einst und jetzt besteht darin, daß niemand in Polen darüber erfreut war, daß niemand diese Unterwerfung als natürlich ansah. Wenn damals geschimpft wurde, und geschimpft wurde nicht wenig, so geschah dies lediglich deshalb, weil Polen sich hatte die Ukraine entreißen lassen. Diese Schimpferei nahm schließlich einen drohenden und verwegenen Charakter an, und sie richtete sich wie immer gegen den Inhaber der höchsten Gewalt. Doch an der Tatsache der Unterwerfung der Ukraine konnte nichts geändert werden, es fehlte an kriegerischer Erfahrung, und die Selbstsucht, die weder das Gesetz noch die Furcht vor Entehrung einzudämmen vermochte, beherrschte alle Kreise. Der König, der diesem demagogischen Treiben Einhalt gebieten wollte, und seinen Zweck dadurch zu erreichen suchte, daß er mit Hilfe eines starken Heeres den östlichen Feind aus dem Polen entrissenen Gebiet hinauswarf, verlangte für diesen Zweck von den Kreisausschüssen die Bezahlung der rückständigen Steuern. Doch der Adel erklärte, der Geldmangel sei nicht das größte Übel, bedeutend schädlicher sei es, wenn der König selbst ins Feld ziehe, anstatt, wie andere christliche Könige, die Kriegführung seinen Generälen zu überlassen. Jedes Kreistagsmitglied betrachtete sich als einen großen Strategen und kritisierte den ukrainischen Feldzug. Man beklagte sich über die angebliche Protektion des königlichen Regiments und über die Verteidigung anderer Völker, bei der die Interessen Polens zu kurz kämen. Die Opposition gegen den König war am stärksten in Großpolen und in Litauen. Der Wilnaer Wojewode und der Hetman Janusz Radziwill wiegelten den Adel auf, sie verbreiteten Flugblätter im Heere gegen den König, verkündeten seine Dethronisation und bildeten eine Liga gegen das Herrscherhaus. Unter solchen Verhältnissen trat der Sejm zusammen, von dem die Russen in der Ukraine die Mitteilung verbreiteten, daß er mit dem Kosakentum Frieden schließen wolle, später jedoch einen neuen ukrainischen Feldzug unternehmen werde, um die Kosaken vollends auszurotten, da sie auf eine andere Weise für die römisch-katholische Kirche nicht zu gewinnen seien. Die Gefahr vom Osten war drohend, doch Warschau kümmerte dies nichts: die Frage der Ernennung der Hetmans hielt dort alle Gemüter gefangen. Es wurde gedroht, daß der Sejm die Verteidigung der Freiheit der Republik in seine Hand nehmen, den König stürzen und ihm den Gehorsam verweigern werde, wenn er seinen Feldherrnstab nicht seinem Feinde, dem Fürsten Janusz übergebe.

Im Sejm beklagte sich der Schatzmeister über die Unordnung und den Ungehorsam und warf dem Adel vor, daß er an diesem Chaos schuld sei. Hätte er die Steuern bezahlt, so hätte das Heer eher marschbereit sein können, der Feind wäre schon besiegt worden und die Vertriebenen wären wieder zu ihrer Scholle zurückgekehrt. Der Schatzkanzler forderte, daß die Steuern nicht auf die Bauern abgewälzt werden, sondern von den Erbherren, der Geistlichkeit, den Starosten und den Pächtern eingezogen werden sollten. Inzwischen kamen aus Moskau täglich drohendere Meldungen. In einer geheimen Zusammenkunft der Senatoren und der Abgeordneten teilte der König mit, daß nach einer Mitteilung eines Meldereiters, der aus Moskau eingetroffen war, der Krieg mit Polen schon begonnen habe. Daraufhin wurden Manifeste erlassen mit der Aufforderung, daß sich die Soldaten so schnell als möglich in den Sammellagern einfinden sollten. Doch der Sejm begann eine langwierige Diskussion über unwesentliche Anträge. Da verging ein Tag nach dem andern, und eine Woche löste die andere unter end- und fruchtlosen Beratungen ab. Die Frage, ob der König das Recht habe, selbst den Feldherrnstab zu führen, wurde ohne Ende erörtert. Die Vorschriften hierfür und Gebräuche wurden in der verschiedensten Weise ausgelegt, und man zankte sich förmlich bis zur Bewußtlosigkeit. Der Kulmer Abgeordnete Bąkowski wies nach, daß nach dem Gesetz der Sejm das Recht habe, den König zu bitten, daß er die Oberbefehlshaber ernenne, verlangen könne man dies jedoch von ihm nicht. Auch damals hat die derzeitige Nationaldemokratie Anlaß zu dieser Raserei gegeben, wobei die aufgestellten Kandidaten gelobt und getadelt wurden, und die Diskussion ging in dem Sumpf persönlicher Interessen unter. Der Sejmmarschall gab seinem Bedauern über das Unglück des Vaterlandes Ausdruck, das in Anbetracht solcher Gefahren nicht Männer finden könne, die unter Hintanstellung eigener Interessen einen Weg der Rettung fänden. Jede Partei hätte leider schon soviel über die Liebe zum Vaterlande gesprochen, daß darüber alle taub geworden seien.

Der Wojewode von Łęczyca kam schließlich auf den Gedanken, Radziwill selbst nach Warschau einzuladen, und der Primas versuchte, ihn mit dem Könige zu versöhnen. Radziwill sollte allerdings der Feldherrnwürde entsagen. Doch mit der Ankunft Radziwills verstärkte sich der Lärm. Er verbreitete, um seine Ernennung durchzusetzen, alarmierende Nachrichten und wiegelte das litauische Heer gegen den König auf. In diese Angelegenheit mischte sich der Jesuit Karwat ein, der auf dem Boden der Religion eine Einigung herbeizuführen suchte. Er wetterte auf die Parteigänger Radziwills, die er Dissidenten nannte, und verglich die Sejmabgeordneten mit gefallenen Engeln. Und doch lebte das ganze Parlament, wie die Geschichte feststellt, als ob sich nichts auf der Welt ereignet hätte. Alle waren ratlos, gleichzeitig aber auch unempfänglich gegen das, was im Sejm geschah, und die Republik ähnelte einem Glockenturm, der von Raubvögeln umkreist wird, ein sichtbares Zeichen der nahen Gefahr. Diese innerliche Ohnmacht war gefährlicher als jeder äußere Feind.

Endlich kam der Tag, an dem der Sejm in Anwesenheit des Königs und des Senats aufgelöst werden sollte. Doch auch dieser Tag blieb nicht ohne Überraschungen. Die Abgeordneten schimpften sich gegenseitig aus, und nur der Energie des Sejmmarschalls war es zu verdanken, daß es nicht zum Handgemenge kam. In dieser Sitzung wurde ebenfalls vom Könige verlangt, daß er die Feldherren ernenne, und als der König einen ablehnenden Bescheid gab, wurde ihm kategorisch erklärt, daß er zum Rücktritt gezwungen werden würde, sollte er sich nicht nach den Befehlen des Sejms richten. Der König gedachte schließlich nachzugeben, er wollte jedoch die Ernennung etwas hinausschieben, und zwar hauptsächlich infolge der Uneinigkeit zwischen den Heerführern. Inzwischen hatte die Unruhe im Hause den Höhepunkt erreicht. Eine Anzahl Abgeordneter verließen den Saal, und während des immer größer werdenden Lärms und Wirrwarrs wurde der Sejmmarschall mit Gewalt entführt. Die Bischöfe schnellten aus ihren Sesseln empor, und die Senatoren liefen den den Sitzungssaal verlassenden Abgeordneten nach, um sie zur Ausdauer zu bewegen; nur der König blieb sitzen. Der Oberhofmarschall gab seinem Stab ein Zeichen, und der Kanzler, der die Situation retten wollte, rief, daß die Abgeordneten im Saale verbleiben sollten. Den Culmer Abgeordneten Bąkowski, der zuvor erklärt hatte, daß die Abgeordneten dem Könige Gehorsam schuldig seien und den König bat, sich seine Rechte nicht nehmen zu lassen, wollte man schon in Stücke reißen bzw. zum Fenster hinauswerfen. Der Sejm erklärte, er werde nichts weiter unternehmen, bis die Beleidigung, die Bąkowski dem Hause zugefügt hatte, gerächt werde. Darüber vergaß man schließlich, von dem Könige eine endgültige Antwort zu verlangen. Der Geschichtsschreiber nimmt an, daß Bąkowski, der die Psychologie des Sejm kannte, absichtlich dessen Würde angriff, um den Sturm gegen sich zu entfesseln und dadurch das Ansehen des Königs zu retten.

Der Sejm entzog Bąkowski daraufhin ein für allemal die Stimme, doch die Kulmer Abgeordneten erklärten, sie würden gegen dieses Urteil beim Senat oder beim König Berufung einlegen. Es wurde schließlich ein Kompromiß vorgeschlagen, auf Grund dessen Bąkowski den Sejm um Verzeihung bitten und der Marschall ihm einen Verweis erteilen sollte. Doch Bąkowski wollte von einer Entschuldigung nichts wissen, und so löste sich der Sejm auf, nachdem die Abgeordneten erklärt hatten, daß sie die Antwort des Königs nicht befriedige.

Dieser Hader, der auch in den kommenden Jahren seine Grundlagen in privaten Interessen hatte, die man dadurch zu verdecken suchte, daß man irgend einen „Schuldigen" für die immer größer werdenden chaotischen Zustände vorschob, hat schließlich den König zum Rücktritt veranlaßt. Der Geschichtsschreiber, der diese Epoche der Nachwelt überliefert hat, stellt fest, daß der Streit um ein Spinngewebe, die Rat- und Tatlosigkeit des Sejm dem Volke den Glauben an die eigene Kraft, der die Quelle der Macht eines jeden Staates darstellt, zu nehmen wußten und die Republik bei ihren eigenen Bürgern, noch mehr aber im Auslande in Mißkredit brachten. Was werden wohl die späteren Historiker über die sechswöchige Arbeitslosigkeit des gegenwärtigen Sejm denken und schreiben?

Danziger Börse am 14. Juli.
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)
Poln. Mark 9,00—8,50 Dollar 470—453
Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau

Kompromißverhandlungen.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, konnten alle Bemühungen der Rechten, ein rechtsstehendes Kabinett zu bilden, doch nicht das erwartete Resultat zeitigen, denn trotz aller Machenschaften, die u. a. auch darin bestanden, einige abtrünnige Mitglieder der Nationalen Arbeiterpartei für sich zu gewinnen, sah man sich schließlich doch gezwungen, abermals die Herren Trąmpczyński und Skulski zu bewegen, sich zum Staatschef zu begeben und diesen um die Ergreifung der Initiative bei der Kabinettsbildung zu bitten.

Die Unterredung des Abg. Skulski mit dem Staatschef wird wie folgt geschildert:

Am 12. d. M., um 1 Uhr nachmittags, empfing den Abg. Skulski der Staatschef im Belvedere. Nach der Konferenz wurde die Erklärung des Abg. Skulski in folgender Weise formuliert: Der Antrag der Parteien, der von dem Hauptausschuß angenommen wurde, verfolge nicht den Zweck, die Krise zu verlängern oder die Initiative des Staatschefs zu beseitigen. Der Staatschef wiederum erklärte, daß er in der gegenwärtigen Krise weder für die eine noch für die andere Partei Stellung nehmen könne und bereit sei, die Initiative zu ergreifen und dahin zu wirken, daß ein Kompromiß herbeigeführt werde. Aus diesem Grunde wünsche er eine Regierung zu bilden, die einen Sieg weder der einen noch der anderen Partei im Sejm bedeuten würde. Von der Ansicht ausgehend, daß einer der Hauptgründe der fortwährenden Streitigkeiten der sei, daß man sich gegenseitig verdächtige und kein Vertrauen zueinander habe, werde er Vertreter beider Lager zu sich bitten, um mit ihnen zu beraten.

Nach diesen Feststellungen erklärte der Abg. Skulski, daß er das Ergebnis der Konferenz denjenigen Klubs mitteilen werde, in deren Namen er den erwähnten Antrag dem Hauptausschuß vorlegte.

Um 5 Uhr nachmittags fand in der Wohnung des Abg. de Rosset (Bürgerklub) die dritte Konferenz der rechten Klubs statt. Das Rsultat dieser Konferenz war, daß dem Chef der Zivilkanzlei des Staatschefs nachstehendes Schreiben übermittelt wurde:

„Die Parteien, die auf der Grundlage der Beschlüsse des Sejms vom 16. Juni stehend, dem Kabinett Śliwiński ihr Vertrauen verweigerten, jedoch bestrebt sind, mit den übrigen Parteien zu einem Einvernehmen zu gelangen, haben beschlossen, die Vorschläge des Staatschefs anzunehmen.

Jedoch in Betracht ziehend, daß die Interessen des Staates eine Verlängerung der Krise nicht mehr zulassen und daß auf unseren Parteien, die sowohl einen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten in Bereitschaft haben, als auch die erforderliche Mehrheit zu seiner Ernennung besitzen, nicht die Verantwortung für die weitere Aufschiebung der Lösung lasten darf, ersuchen wir den Herrn Staatschef, er möchte seine Entschlüsse derart fassen, daß die entscheidende Sitzung des Hauptausschusses bereits für Freitag einberufen werden kann."

Am Abend empfing der Staatschef die Vertreter der Linken, und zwar die Abgg. Barlicki, Witos, Woźnicki und Stapiński. Auf dieser Konferenz erklärte der Staatschef, daß man der Situation, die sich infolge der letzten Kabinettskrise gebildet hat, nicht mehr länger untätig zusehen dürfe. Es sei notwendig, daß ein Kompromiß herbeigeführt werde, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gebe. Aus diesem Grunde dürfe auch keines der beiden Lager einen Kandidaten in Vorschlag bringen, sondern müsse die Ernennung eines solchen dem Staatschef überlassen.

Die Führer der Linken erklärten hierauf, daß sie hierzu noch keine Stellung nehmen könnten und daß sie sich erst mit ihren Klubs verständigen müßten. Einzig und allein der Abg. Stapiński verlangte, man dürfe dem Terror der Nationaldemokraten nicht nachgeben und müsse unbedingt eine demokratische Regierung anstreben.

Gestern vormittag sollten nun die einzelnen Klubs unter sich beraten. Am Abend wiederum sollen die Vertreter sämtlicher Sejmparteien im Belvedere erscheinen, wo im Beisein des Staatschefs ein weiterer Meinungsaustausch erfolgen soll.

Wie verlautet, sollen die Rechten als einzige Bedingung für ihren Verzicht der Aufstellung eines eigenen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten die Forderung gestellt haben, daß zum Minister des Äußern Herr Pluciński ernannt wird.

Der Schwur von Eger.

Am Sonntag fand in Eger ein großer deutscher Volkstag statt, welcher die Erinnerung an den Volkstag vom 9. Juli 1897 erneuerte, jenen Volkstag, der auf dem Höhepunkt der Kämpfe gegen die Badenische Sprachenverordnung in einer feierlichen Schwurszene gipfelte. Der eigentlichen Versammlung ging eine Kundgebung der führenden Persönlichkeiten der beteiligten Parteien im Hofe des altertümlichen Rathauses voraus. Hierbei sagte der Vorsitzende des Deutschen parlamentarischen Verbandes Abg. Böhr, indem er an den Egertag vom Jahre 1897 erinnerte, u. a. folgendes: „Ernster noch ist die heutige Stunde, größer noch des Volkes Not, das, um seine heiligsten Volksrechte, um Freiheit und Selbstbestimmungsrecht betrogen, ungefragt und gegen seinen Willen in diesem Staat hineingezwungen, zu einem Verzweiflungskampfe um Sprache, Sitte und Heimat, ja um sein Dasein gedrängt wird.“

Hierauf verlas der Redner den folgenden Volkstagsschwur, den die Versammelten mit erhobener Hand bekräftigten: „Wir geloben heute hier in feierlicher Stunde als volksbewußte Deutsche, jederzeit einzutreten und zu kämpfen für das Recht unserer freien Selbstbestimmung, für die Erhaltung unserer angestammten Sprache, für unseren deutschen Arbeitsplatz und völkischen Besitz. Wir geloben, alles, was uns sonst trennen mag, zurückzustellen in diesem Kampfe um unsere heiligsten Güter. Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, dem alten Recht und unserer Sprache treu. Wir wollen sein und wollen bleiben deutsch und frei.“

Frankreich und der Friede von Europa.

Im dritten Heft der von John Maynard Keynes herausgegebenen Sonderausgaben des „Manchester Guardian Commercial“, die sich vornehmlich und in wahrhaft großzügiger Weise mit dem Wiederaufbau Europas beschäftigen, finden wir den Aufsatz eines verständigen Franzosen über die Stellung Frankreichs zum europäischen Frieden. Die nachstehenden Sätze haben wir dieser Arbeit des Baron Estournelle de Constant, Mitglied des Haager Gerichtshofes, Senatsmitglied und Delegierter zur Haager Konferenz von 1907, entnommen:

„Unser Ministerpräsident (gemeint ist Poincaré) hat sich niemals die Frage gestellt, wem eigentlich der Krieg Nutzen eingebracht habe. Er beschränkt sich auf die öffentliche Erklärung, daß, wenn die Alliierten vor den Kosten eines militärischen Vorgehens gegen Deutschland zurückschrecken, wir auch ohne sie fertig werden können. „Wir werden unsere Bewegungsfreiheit zurückgewinnen.“ Es ist eines seiner vielen beliebten Worte. Wenn Deutschland nicht alles zahlt, wie es uns der Bloc National so schön versprochen hatte, werden wir es mit Gewalt dazu zwingen. Es ist ganz einfach. Und je schneller, desto besser, denn Deutschland bevölkert sich wieder — es stärkt sich anscheinend und rüstet sich von Tag zu Tag. Wir werden es daran hindern — mit unseren Verbündeten, wenn sie uns folgen, ohne unsere Verbündeten, wenn sie uns im Stich lassen. Dies ist der Geist der offiziellen Reden, der noch durch die Heftigkeit und das Giftspeien der offiziösen, weitverbreiteten Presse und den Lärm unserer Parlamentsdebatten unterstrichen wird.

Es ist nur allzu richtig, daß man der deutschen Regierung mit ernster Festigkeit entgegentreten muß. Aber ein Grund mehr, ihr unsere Schwäche nicht zu enthüllen; nicht nur, um Deutschland im Innern nicht zur Reaktion zu treiben, sondern auch zu keiner Konspiration nach außen, um sein Geschick nicht an das russische zu binden und es mehr noch an das Schicksal aller Völker Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas zu ketten, die keinen Krieg wollen, und die in allzu großer Zahl im Krieg eine Schule der Demoralisierung und der Revolte gefunden haben.

Durch die Sophismen ihrer sogenannten Intellektuellen wieder irregeführt, werden sich die Deutschen einbilden, daß wir ihnen die Möglichkeit bieten, aus ihrer Absperrung herauszutreten und sich dem Orient, China, ganz Asien anzuschließen, die Verzweiflung ihrer Nachbarn — Österreich, Rußland, Polen — auszunützen, sowie die Unzufriedenheit Italiens und der Neutralen. (Das Trachten, aus seiner Absperrung herauszukommen, sollte man einem mächtigen Reich nicht als Sophismus „sogenannter Intellektueller“ auslegen. D. Red.)

Zum Glück ist jetzt Frankreich so weit, daß es sich selbst gegen seine Regierung aufzulehnen beginnt. Unsere letzten Kantonwahlen vom 14. und 21. Mai sind im Ausland mehr oder weniger unbemerkt geblieben. Unsere offiziösen Blätter haben ihre Tragweite, ihre für die Regierung und die Kammermehrheit furchtbare Bedeutung verheimlicht. Und doch bedeuten diese Wahlen den Aufstand fast eines ganzen Landes gegen den Bloc National, dessen Wut und Angst vor der zu erwartenden Strafe nun verständlich wird.

In einem einzigen Departement, das ich gut kenne, in meiner Heimat, der Sarthe (allerdings von ministerieller Strenge, von den Communiqués, von der Zensur und dem Kriegsregime, das den Krieg überlebte, besonders heimgesucht), hat sich die Bevölkerung, die weder kommunistisch noch sozialistisch ist, deutlich gegen die Politik der militärischen Abenteuerer, der klerikalen und papistischen Reaktion, des Bankerotts und der Isolierung ausgesprochen, die ich und meine Freunde seit 1919 ununterbrochen bekämpfen — wie wir sie vor dem Kriege bekämpft haben. Ich gehe nicht auf die mehr als unbedeutenden Einzelheiten ein. Alle Führer des Bloc National, Senatoren, Deputierte, Bürgermeister, Departements und Bezirksräte wurden geschlagen und gut ersetzt. Und in anderen Departements, in denen der Krieg nicht so offen geführt wurde, bemerkt man dieselben Symptome.

Welche Schlußfolgerungen muß man daraus ziehen? Ich antwortete: „Laßt uns optimistisch bleiben. Der Krieg hat die Völker, hat alle Völker demoralisiert. Das ist seine natürliche Wirkung. Aber nur für eine Zeitlang. Die Gewissen erwachen mit den Regierungen — ohne oder gegen sie.

An dem Tage, an dem sich alle am Werke für dasselbe Ideal finden werden, wird der Einklang wiederhergestellt sein. Es ist der Mangel des gemeinsamen Ideals, der sie jetzt trennt. Um den Frieden herzustellen, muß man erst den Frieden wollen. Hier liegt der Schwerpunkt. Alle internationalen Konferenzen sind nutzlos und peitschen nur die Böswilligkeit der Völker auf, wenn sie nicht, wie die beiden Konferenzen im Haag in den Jahren 1899 und 1907, in erster Linie Versammlungen aufgeklärter und zugleich uneigennütziger Männer sind, die vom guten Glauben und dem Willen, einer und derselben Sache zu dienen, beseelt sind.

Schon erscheinen erfreuliche Zeichen am Horizonte. Wenn die Regierungen sich nicht zur Wiederherstellung des Friedens verständigen können, so werden sich die einzelnen Interessen gegen ihre Ohnmacht auflehnen; sie fangen schon an, sich zu verbünden. Wir sehen von allen Seiten, in allen Ländern nationale Privatinstitutionen emporschießen, die vor dem Kriege nicht vorhanden waren — oder die der Krieg angenähert, gefördert, in internationale Assoziationen umgewandelt hat. In erster Linie ist es die Arbeiterklasse, die uns auf die Fersen tritt, wenn wir uns nicht bewegen wollen. Dann sind es auch die Arbeitgeber. Es sind die Handelskammern, die Banken; es sind Reisen, Zusammenkünfte, besondere Konferenzen zu Studienzwecken und vorbereitender Arbeit. Ich könnte Tausende davon aufzählen. Es ist endlich die Philanthropie eines Hoover und der Mut eines Nansen oder die atavistische Aktivität eines Pierpont Morgan.

Wenn es diesen auf eigene Faust handelnden Agenten der Gesundung und des Wiederaufbaues in Europa gelingt, begreiflich zu machen, daß die Leiden der Völker aufhören würden, wenn sie für sich und unter sich keine rivalisierenden Verwaltungen, aber ergebene Tatmenschen hätten, so wird es den Regierungen recht schwierig werden, dieses Erwachen zu hindern, und es wird ihnen letzten Endes nichts weiter übrig bleiben, als nach dem Wort Gambettas „sich zu unterwerfen oder zu gehen“.

Bundesstaat Rußland.

Nach langer Pause ist die neue amtliche Karte von Rußland wieder erschienen. Der russische Staatenbund, der sich jetzt „Russische sozialistische förderative Sowjetrepublik“ oder abgekürzt R. S. F. S. R. nennt, umfaßt 27 autonome Einzelstaaten mit folgenden amtlichen Namen: 1. Russische sozialistische Sowjetrepublik (Großrußland, Hauptstadt Moskau), 2. Karelische Arbeitskommune (Karelenrepublik, Hauptstadt Petrosawodski), 3. das autonome Komigebiet (Syrjänenrepublik, Hauptstadt Ustßyßylsk), 4. die Wotjakenrepublik (Hauptstadt Ischwesk), 5. die Maryskerrepublik (Hauptstadt Krasnokokschajsk), 6. die Tschuwaschenrepublik (Hauptstadt Tschebokſary), 7. die Tatarenrepublik (Hauptstadt Kasan), 8. die Baschkirenrepublik (Hauptstadt Sterlitomak), 9. die Kirgisenrepublik (Hauptstadt Uralsk), 10. die Kalmückenrepublik (Hauptstadt Urda), 11. das Gebiet der Wolgadeutschen (Hauptstadt Marxstadt an der Wolga), 12. Ukrainische sozialistische Sowjetrepublik (Hauptstadt Charkow), 13. weiß-ruthenische sozialistische Sowjetrepublik (Hauptstadt Minsk), 14. die autonome Krimrepublik (Hauptstadt Symferopol), 15. die grusinische sozialistische Sowjetrepublik (Hauptstadt Tiflis), 16. Abchasische sozialistische Republik (Hauptstadt Suchum Kale), 17. autonomes Tscherkessengebiet (Hauptstadt Batalpaschinsk), 18. autonomes Kabardinengebiet (Hauptstadt Naltschik), 19. autonome Gorskirepublik (Hauptstadt Wladikawkas), 20. autonome Degestanrepublik (Hauptstadt Temir-Chan-Schura), 21. Afferbeidschaner Sowjetrepublik (Hauptstadt Baku), 22. Armenische Sowjetrepublik (Hauptstadt Eriwan), 23. sozialistische Republik des fernen Ostens (Hauptstadt Tschita), 24. das autonome Jakutengebiet (Hauptstadt Jakutsk), 25. die mongolische Republik (Hauptstadt Urga), 26. die Volksrepublik von Chiwa (Hauptstadt Chiwa), 27. die Volksrepublik von Buchara (Hauptstadt Buchara).

Polens Heeresstärke.

Kürzlich beriet die Kommission zur Einschränkung der Rüstungen des Völkerbundes über die Heeresstärken der einzelnen Staaten. Polen weist in seinem Heeresbericht nach, daß die Militärausgaben seit 1920 um die Hälfte zurückgegangen seien und führt aus, daß der polnische Staat vor allem am völligen Mangel natürlicher Grenzen leide, wozu ein fehlerhafes Eisenbahnsystem, das gänzliche Fehlen der Kriegsindustrie, die Gestaltung der ausschließlich an den Grenzen gelegenen Mittelpunkte der Berg- und Hüttenindustrie, der Beginn der Inangriffnahme der Heeresorganisation hinzukommen, Umstände, die in Polen größere Heeresauslagen bedingen, als in jenen Staaten, die ein alteingeführtes Heerwesen besitzen. Endlich sei Polen ringsumgeben von Staaten, die dem Völkerbunde nicht angehören und daher durch keinerlei Verträge gebunden sind. Die Kommission beschloß, die Heereseinheit mit 30 000 zu bestimmen und jedem Staate, abgesehen von seinen Kolonial-Streitkräften, folgende Einheiten zuzusprechen: Belgien 2, d. h. 60 000 Mann, Tschechien 3 = 90 000, Dänemark 2 = 60 000, Italien 4 = 120 000, Südslawien 3 = 90 000, England und Rumänien je 3 = 90 000, Polen 4 = 120 000 Mann.

*

Deutschlands Entwaffnung.

Der englische Staatssekretär im Kriegsministerium Oberst Stanley erklärte kürzlich im Unterhause, daß Deutschland seit dem Waffenstillstande folgende Waffen an die Entente abgeliefert habe: 33 484 Geschütze, 87 377 Maschinengewehre, 4 362 839 Gewehre, 14 731 Flugzeuge. Davon sind 33 410 Geschütze, 87 351 Maschinengewehre, 4 360 350 Gewehre und 14 260 Flugzeuge zerstört worden.

Die besudelte Abgeordnetenwürde.

In Warschauer Blättern lesen wir folgenden Brief des Justizministers an den Sejmmarschall:

Am 7. d. M., während der Verhandlungen gegen Thomas Dąbal, der der kommunistischen Agitation angeklagt war, ereignete sich ein Zwischenfall, der durch das ungeziemende Verhalten eines Staatsanwaltsgehilfen des Bezirksgerichts hervorgerufen wurde, der in seiner Anklagerede, auf den Wert der einzelnen Zeugenaussagen übergehend, den Ausdruck gebrauchte, unter den Zeugen befände sich ein „Abgeordneter, der unwahre Aussagen machte und die Abgeordnetenwürde besuldete.“

Obgleich der Staatsanwaltsgehilfe keinen Namen eines Abgeordneten nannte, so ging aus dem Sinn der Rede dennoch deutlich hervor, wen der Redner meinte, so daß sich durch diese Worte ein Abgeordneter getroffen fühlen konnte, der in diesem Prozeß als Zeuge auftrat.

Von der Ansicht ausgehend, daß der Vertreter eines öffentlichen Amtes mit einer geziemenden Vorsicht die Ehre eines jeden Bürgers, insbesondere aber eines Mitgliedes des Sejms, der vom Vertrauen des Volkes umgeben ist, zu behandeln habe, habe ich eine unverzügliche Untersuchung dieser Angelegenheit angeordnet.

Der Staatsanwaltsgehilfe Rettinger bekannte auf Befragen seines unmittelbaren Vorgesetzten, des Staatsanwalts beim Bezirksgericht in Warschau, daß er in seiner Rede bei der Bewertung der Zeugenaussagen leider tatsächlich diesen starken und unparlamentarischen Ausdruck gebraucht habe, sprach jedoch gleichzeitig sein Bedauern darüber aus und rechtfertigte diesen seinen ungeziemenden Ausdruck mit der unwillkürlichen Erregung, die sich seiner infolge einer Reihe von Zeugenaussagen, die seiner Überzeugung nach parteiisch und unglaubwürdig waren, bemächtigte. Außerdem aber entschuldigte er sich noch mit nervöser Überreizung, die durch den langanhaltenden Prozeß hervorgerufen wurde.

Selbst wenn man die oben angeführten Umstände, die die Schuld des Staatsanwaltsgehilfen Rettinger zum Teil mildern, in Betracht zieht, so muß man trotzdem den von ihm gebrauchten Ausdruck als aus dem Munde eines öffentlichen Anklägers kommend, als unzuläſſig und mit der Würde des von ihm ausgeübten Amtes als nicht in Einklang zu bringen betrachten, weshalb ich auch den Auftrag erteilte, ihm gemäß Art. 26 der zeitweiligen Vorschriften über das Gerichtswesen auf dienstlichem Wege einen Verweis zu erteilen, wovon ich den Herrn Sejmmarschall in Kenntnis zu setzen die Ehre habe.

Der Justizminister: Makowski.“

Republik Polen.

Aufhebung der Aufenthaltsscheine für Ausländer.

Vom 15. Juli ab werden auf Grund einer Verordnung des Ministeriums des Innern die sog. Aufenthaltsscheine für Ausländer aufgehoben. Jeder Ausländer, der im Besitze eines von einem polnischen Konsulate visierten Passes ist, wird in Zukunft das Recht haben, auf Grund dieses Passes auf dem gesamten Territorium der Republik Polen zu wohnen. Aufenthaltsscheine werden von nun ab nur noch an solche Personen verabfolgt werden, die keine Staatsangehörigkeit besitzen.

Ein Antialkoholkongreß in Posen.

Kürzlich tagte in Posen der 5. Antialkoholkongreß, zu dem u. a. auch der Bischof Łukomski und der ehemalige Minister für Gesundheitswesen erschienen waren. Während des Kongresses wurden folgende Vorträge gehalten: „Der schädliche Einfluß des Alkohols auf den Organismus“, „Der Alkohol und die physische Fähigkeit“, „Alkohol und Geisteskrankheiten“, „Die Heilung des Alkoholismus“, „Alkohol und Ehe“, „Die Aufgaben der Schule zur Bekämpfung des Alkoholismus“ und „Alkoholismus und die Handwerker- und Arbeiterjugend“.

Nach den Vorträgen wurden eine Reihe von Entschließungen angenommen. U. a. wurde beschlossen, dem gesetzgebenden Sejm Verehrung und Dankbarkeit für den Beschluß des Antialkoholgesetzes vom 23. Juni 1920 zum Ausdruck zu bringen. Ferner beschloß man, an sämtliche Organisationen einen Appell zu richten, daß sie im Interesse des Volkswohls die Tätigkeit der Kommission zum Kampfe gegen den Alkohol unterstützen möchten. Der Kongreß wandte sich an die Abgeordneten mit der Bitte, einen Antrag auf Erhöhung der staatlichen Subvention zur Bekämpfung des Alkoholismus zu unterstützen. Gleichzeitig soll die Regierung gebeten werden, energisch dafür zu sorgen, daß die verschärften Bestimmungen, die in dem Nachtrag zum Alkoholgesetz enthalten sind, auch durchgeführt werden. Weitere Entschließungen fordern die Allgemeinheit auf, den Alkoholismus im Heere durch Bildung von Fürsorgezirkeln zu bekämpfen, die Enthaltsamkeitsidee zu verbreiten und in den breitesten Schichten der Bevölkerung Abstinenzvereine zu bilden. Schließlich wurde an die Presse appelliert, an der Bekämpfung des Alkoholismus mitzuwirken.

Die blutigen Ausschreitungen in Wilna.

Die in Wilna zur Untersuchung der blutigen Ausschreitungen, hervorgerufen durch die Vorträge des Antisemiten Jaca-Chamiec, eingetroffene Untersuchungskommission des Sejms vernahm im Laufe des vergangenen Montags den Chef der Sicherheitsabteilung Janowski, den Obersten Zamorski, den Kommandanten der Gendarmerie Rittmeister Kirtiklis, sowie den während der Ausschreitungen zu Schaden gekommenen älteren Polizisten Sielawka. Außerdem vernahm die Kommission auch noch eine Reihe von Personen, die sich selbst gemeldet hatten, darunter auch einen Herrn Obst, die Verwaltung der Gesellschaft „Rozwój“, den Delegierten der Bürgerliga sowie den Oberrabbiner Rubinstein. Am Dienstag vernahm die Kommission den Beamten der Starostei Alexandrowitsch, der den ersten beiden Vorträgen Jaca-Chamiec beiwohnte, wie auch den Hauptkommandanten der Wilnaer Polizei Grabowski. Die Aussagen dieser beiden Zeugen waren sehr umfangreich. Die Kommission ist noch am Dienstag abend nach Warschau abgereist. Das Untersuchungsmaterial, das von der Kommission gesammelt wurde, ist sehr umfangreich.

Eine selbständige polnisch-evangelische Kirche.

Wie die polnische Presse berichtet, begannen am 12. d. M. in Warschau Verhandlungen zwischen Superintendent Bursche und dem Vertreter der Lodzer Richtung in der evangelischen Kirche Polens zwecks Beilegung der schweren Differenzen, die sich anläßlich der vor kurzem in Warschau stattgefundenen Generalsynode ergeben haben. Sollten die eingeleiteten Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, beabsichtigen die Polen die Gründung einer eigenen polnischen evangelischen Kirchengemeinschaft, wodurch der Weg zur Bildung der von den deutschen Evangelischen Polens angestrebten Gründung einer eigenen deutschen evangelischen Freikirche in Polen von selbst frei würde.

*

Vor einigen Tagen überfielen littauische Banden das Häuschen eines Bahnwärters in der Nähe der Station Rudziszki, welche sich bereits in der neutralen Zone befindet.

Die Sowjet-Presse widmet dem Prozeß Dąbal längere Artikel und beginnt gegenwärtig anläßlich dessen Verurteilung eine antipolnische Agitation.

Deutsches Reich.

Ein Vorstoß der Sozialisten.

Im Reichstag erschienen am Mittwoch Vertreter der Freien Gewerkschaften und verhandelten erneut mit den sozialdemokratischen Parteien über die von ihnen gestellten Forderungen. Die Gewerkschaften brachten ihre Unzufriedenheit mit dem bisherigen Ergebnis der Beratungen über den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik zum Ausdruck und verlangten energische Maßnahmen der sozialistischen Parteien. Die Vertreter der Sozialdemokraten betonen, daß sie entgegen anders lautenden Mitteilungen unbedingt auf die Erweiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition nach links beständen. Der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik sei in der aus dem Ausschuß hervorgegangenen Form für sie unannehmbar. Dieses Gesetz dürfe nur durch eine ausgesprochen republikanische Mehrheit geschaffen werden. Aus diesem Grunde verlange die mehrheitssozialistische Partei die Aufnahme der Unabhängigen in die Reichsregierung. Ein gleichzeitiges Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei käme nicht in Frage.

Dem Reichskanzler wurde von diesem Beschluß sofort Mitteilung gemacht. Er hat sich noch gestern abend mit dem Reichspräsidenten, der sich in Freudenstadt aufhält, in Verbindugn gesetzt. Dieser wird unverzüglich nach Berlin zurückkehren. Der Schritt des Reichskanzlers stellt den Ernst der durch die neue Aktion der Gewerkschaften entstandene Lage fest. In parlamentarischen Kreisen der bürgerlichen Parteien wird erklärt, daß dieser Schritt der Gewerkschaften einen neuen unzuläſſigen Eingriff in die Rechte des Reichstages bedeute. Man hofft, die Sozialdemokratie doch noch davon überzeugen zu können, daß eine Verschärfung des innerpolitischen Kampfes im jetzigen Augenblick für die außenpolitische und wirtschaftliche Lage Deutschlands geradezu unerträglich sein müßte. Immerhin läßt sich noch gar nicht übersehen, ob sich eine Reichstagsauflösung wird vermeiden lassen.

Der Reichskanzler soll entschlossen sein, die Initiative nunmehr selbst in die Hand zu nehmen und verschiedene Vertreter der Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung aufzufordern. Am Mittwoch abend hatte der Kanzler noch eine Besprechung mit den Führern der beiden bürgerlichen Regierungsparteien über die durch den neuen Eingriff der Gewerkschaften in die Parlamentsverhandlungen geschaffene Lage. Der

Demokrat Petersen machte kein Hehl daraus, daß dieses Vorgehen der Gewerkschaften von seiner Partei als undemokratisch entschieden zurückgewiesen werden würde. — Namens der Zentrumspartei stimmte ihm Dr. Marx darin völlig bei. Die Rückkehr des Reichspräsidenten aus Freudenstadt ist vor morgen früh nicht zu erwarten. Eine Entscheidung wird daher auch vor morgen mittag kaum erfolgen.

Inzwischen rückt aber das Gespenst einer Reichstagsauflösung wieder in größere Nähe.

Die Feiertage der deutschen Republik.

Nach dem „Vorwärts" ließ das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat einen Gesetzentwurf zugehen, wodurch die Frage der Feiertage reichsgesetzlich gelöst werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt: die beiden Ostertage, die beiden Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag, in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, die Bet- und Bußtage und der erste Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen. Und der Himmelfahrtstag? Man hat ihn scheinbar ganz vergessen.

Was aus Deutschland herausgepreßt wird.

Die interalliierte Militärkontrollkommission in Berlin hat für ihre Mitglieder vom 1. Juni an das Einkommen entsprechend der weiteren Entwertung der Mark ganz beträchtlich erhöht. So bekommt der vorsitzende General monatlich vom 1. Juni an 103 800 Mark (bis dahin 71 950 Mark), sonstige Generale, Oberste, Oberstleutnants 76 950 Mark (bisher 53 000 Mark). So geht es weiter herunter. Die Unteroffiziere erhalten 25 205 M. monatlich (bisher 17 500 Mark), die Gemeinen 15 300 Mark (bisher 10 600 Mark), alles monatlich.

Der Krieg gegen die Rathenau-Mörder.

Zur Verstärkung der bis dahin an der Verfolgung teilnehmenden Beamten der politischen und Schutzpolizei ist gestern ein neues Kommando in Stärke von 50 Schutzpolizeibeamten in das Verfolgungsgebiet entsandt worden. An Hand der Generalstabskarten werden sämtliche Bauernhäuser, Gelände und Feldwege, durch die eine mutmaßliche Spur der Mörder führt, mit Spürhunden abgesucht. Zuverlässige Anzeichen sprechen dafür, daß es den Flüchtigen darum zu tun ist, eine Großstadt, wohl am liebsten Berlin zu erreichen. Auf der Strecke Genthin—Stendal—Brandenburg—Berlin sind alle Chausseen und Wege gesperrt, und zwar in der Weise, daß jeder Fußwanderer und Radler solange aufgehalten wird, bis seine Personalien völlig einwandfrei festgestellt sind. Desgleichen werden die Züge und Bahnstationen der Staats- und Kleinbahn überwacht. Der Chef der politischen Polizei Oberregierungsrat Dr. Weiß kehrte noch gestern abend nach Berlin zurück, um hier alle erforderlichen Maßnahmen für den Fall zu treffen, daß die Mörder vielleicht schon heute in der näheren Umgebung Berlins auftauchen.

*

Die Ernennung des früheren Außenministers Admiral von Hintze zum deutschen Botschafter in Moskau soll unmittelbar bevorstehen.

Aus anderen Ländern.

Die Reichstagswahlen in Finnland.

Bei den Reichstagswahlen erhielten die finnische Koalitionspartei 35 Mandate, die schwedische Volkspartei 25, die fortschrittliche Partei 15, die Bauernpartei 45, die Sozialdemokraten 53 und die Kommunisten 27. Die finnische Koalitionspartei gewann 7, die schwedische Volkspartei 3 neue Mandate. Von den Mittelparteien verlor der Fortschritt 3 und gewann die Bauernpartei 3 Mandate. Die Kommunisten, die zum ersten Male an den Wahlen teilnahmen, gewannen von den Sozialisten 27 Mandate.

Haftbefehl gegen Maxim Gorki.

Von der russischen Grenze wird berichtet, es sei der Befehl erlassen worden, Maxim Gorki auf seiner Rückkehr nach Rußland an den Grenzen zu verhaften. Er werde beschuldigt, Staatsgeheimnisse in Artikeln veröffentlicht zu haben, die einen Verrat des Sowjetstaates darstellen.

Enver Paschas Heiliger Krieg.

Der stellvertretende Volkskommissar des Äußeren Karachan hat den in Moskau eingetroffenen Sondergesandten der türkischen Angoraregierung, Unterrichtsminister Risa-Nur-Bei, empfangen. Der türkische Staatsmann ist aus Charkow eingetroffen, wo er mit der sowjetukrainischen Regierung die Ratifikationsurkunden des ukrainisch-türkischen Vertrages ausgetauscht hat. Risa-Nur-Bei überbrachte ein Handschreiben Mustapha-Kemals an Lenin. Er ist zur Erledigung einer Reihe von Aufträgen bevollmächtigt. Die Reise des Angora-Vertreters nach Moskau wird in Zusammenhang gebracht mit der in Sowjetkreisen herrschenden Beunruhigung wegen der Erfolge, welche die muselmanische Bewegung unter Führung Enver Paschas in Russisch-Zentralasien erzielt hat. Denn bei dem ausgesprochen panislamitischen Charakter der Aktion Enver Paschas liegt für Moskau die Befürchtung nahe, daß eine, wenn auch inoffizielle Verbindung mit der Angora-Regierung bestehe.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 14. Juli.

§ **Nachmittags geschlossen** bleiben die Bureaus der Rechtsanwälte und Notare während der Gerichtsferien (15. Juli bis 15. September).

§ **Flaggenschmuck** angelegt haben am heutigen Freitag die amtlichen Gebäude sowie ganz vereinzelte Privathäuser. Anlaß dazu ist der französische Nationalfeiertag (Erstürmung der Pariser Bastille und damit Beginn der französischen Revolution).

§ **Ein Scharfschießen** findet morgen, Sonnabend, 15. Juli, auf dem Jagdschützer Gelände statt. Infolgedessen werden mehrere Waldwege jener Gegend gesperrt. (Siehe die gestrige Bekanntmachung.)

§ **Internationale Ringkämpfe in „Trocadero".** Donnerstag, 13. Juli — 22. Tag — Weltmeister Westergaard-Schmidt besiegte den Rheinländer Wehram in nur 20 Sekunden. — Der Franzose Apollon unterlag dem Oberschlesier Loewe in 26 Minuten. — Orlean-Riga siegte in 31½ Min. über Europameister Hintze. — Im amerikanischen Boxkampf war der Neger Anglio Herr in der 8. Runde über den Amerikaner Bahn-Samson.

§ **Selbstmord.** Heute vormittag wurde auf dem Boden des Hauses Nakeler Straße (Nakielska) 84 der dortige Einwohner Abraham Zakrzewski erhängt aufgefunden. Die Leiche, nur mit Hemd und Unterbeinkleidern bekleidet, war beim Befunde bereits völlig erstarrt.

§ **Rosendiebstahl.** Vorgestern abend wurden in dem Garten des Rektors Kalas, Nakeler Straße (Nakielska) 6 sechs Rosenstämme, an denen sich 30—40 Blüten befanden, ausgerissen und gestohlen. Der Wert der Stämme und Blumen beträgt etwa 6000 Mark.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Opernsaison im Bromberger Stadttheater. Repertoire: Sonntag, 16. Juli, „Straszny Dwór", Oper in 4 Akten, und Prolog von Stan. Moniuszki; Dienstag, 18. Juli, „Troubadour", Oper in 5 Akten von F. Verdi; Donnerstag, 20. Juli, „Traviata", Oper in 4 Akten von F. Verdi.

Schluß-Ringkämpfe, letzten 3 Tage in „Trocadero". Siegesprämie ¾ Million. Heute Freitag, 9 Uhr: vier große Entscheidungskämpfe, freier amerikanischer Ringkampf — Loewe—Bahn-Samson — und Handicap Match bis 20 Minuten Anglio contra zwei Gegner. — Ab 7 Uhr: Militärkonzert, ab 8 Uhr: Varieté. Kassenöffnung ab 6½ Uhr. Wir verweisen auf die heutige Anzeige und auf die im Zigarrengeschäft von Leon Redlak, Theaterplatz, ausgehängte Liste, welche die Siege und Niederlagen bekanntgibt. (8211

Kleine Rundschau.

* **Drahtloser Gottesdienst.** Ein Neuyorker Prediger namens Dr. Richard Way Waerd, der die „Radio-Kirche von Amerika" gegründet hat, veranstaltete kürzlich Sonntags einen Gottesdienst in einem kleinen Zimmer seiner Wohnung, bei dem nur ein anderer Geistlicher und einige Chorsänger zugegen waren. Dieser Gottesdienst wurde mit Hilfe der drahtlosen Telegraphie einer großen Anzahl andächtig versammelter Gemeinden in verschiedenen Krankenhäusern, öffentlichen Gebäuden, auf Schiffen und in Privatwohnungen übermittelt. Im ganzen sollen etwa 100 000 Personen an diesem drahtlosen Gottesdienst „teilgenommen" haben. Die Predigt sowohl wie die Chorgesänge waren überall deutlich verständlich. Diese eigenartigen Andachten sollen von jetzt ab an jedem Sonntag abgehalten werden, und man behauptet in den Vereinigten Staaten, daß damit eine ganz neue Aera in den Flammen der Andacht angebrochen sei.

* **Das drahtlose Telephon als Waffe gegen die Verbrecher.** Die allgemeinere Verbreitung, die das drahtlose Telephon in der Neuen Welt gefunden hat und allmählich auch auf unserem Kontinent finden wird, hat die Aufmerksamkeit der Polizei auf dieses neue Mittel der schnellen Benachrichtigung gelenkt. Die Londoner Hauptpolizei trägt sich mit der Absicht, drahtlose Telephonapparate in den Hauptrevieren einzurichten und die Detektive mit Empfangsapparaten auszurüsten, um bei wichtigen Fällen in ständiger Verbindung mit den Beamten zu bleiben. Amerika ist in dieser Hinsicht bereits vorausgegangen, und in Chicago hat man schon im vorigen Jahre alle diensthabenden Polizisten mit einem Taschenapparat für drahtlose Telephonie ausgerüstet, bei dem die Antennen im Futter des Rockes verborgen sind. Zu gleicher Zeit wurde eine Anzahl leichter Kraftwagen mit drahtlosen Telephonapparaten ausgerüstet, die mit bewaffneten Schutzleuten bemannt sind, und diese Wagen haben sich bei der Verfolgung von Automobilräubern außerordentlich bewährt. Die erste Einrichtung eines drahtlosen Telephonverkehrs im Dienste der Polizei erfolgte in Paris und dort gibt es auch schon zwei Polizeikraftwagen, die mit solchen Apparaten versehen sind und in der raschen Verfolgung von Apachen vorzügliches leisteten. Bei dieser Gelegenheit verdient daran erinnert zu werden, daß die erste Verwendung der drahtlosen Telegraphie im Dienste der Kriminalistik in dem berühmten Fall des Mörders Dr. Crippen stattfand. Er wurde im Juli 1910 auf dem Dampfer „Montrose", auf dem er zu flüchten suchte, auf Grund einer drahtlosen Mitteilung entdeckt, nach deren Beschreibung der Kapitän Crippen erkannte und seine Verhaftung veranlaßte.

* **Der gerupfte Hase.** Ein sehr nettes Geschichtchen, das wahr sein soll, wird augenblicklich in einem kleinen westfälischen Landstädtchen erzählt. Eine junge Bankbeamtin, die aus einer benachbarten Großstadt stammte, ist in der Kleinstadt in den Hafen der Ehe eingelaufen. An dem Tage nach der Hochzeit brachte ihr Gatte ihr einen stattlichen Hasen, der den ersten Sonntagsbraten bilden sollte. Pünktlich um ein Uhr kam der Ehemann aus dem Bureau nach Hause, aber das Essen war noch nicht bereit. Es wurde halbzwei, zwei, drei — er wartete noch immer. Ungeduldig rief er schließlich in die Küche, wann denn endlich gespeist werden sollte. Und die mit Kontokorrent und Buchhaltung vortrefflich vertraute Hausfrau erwiderte kläglich: „Seit drei Stunden rupf' ich schon den Hasen, aber er ist immer noch nicht ganz kahl!"

Handels-Rundschau.

Polens Ernteaussichten. Der polnische Landwirtschaftsminister erklärte einem Ausfrager gegenüber, daß die Gerüchte über einen außerordentlich bösen Einfluß der Dürre auf den Saatenstand übertrieben seien. Obwohl der Stand der Wintersaaten schlechter sei als im Vorjahre, so stehen jedoch die Sommersaaten sehr gut. Die Dürre mache sich nur im Norden und im Osten des Landes bemerkbar. In Polen werde die Ernte wie im Vorjahre ausfallen. Der Rückgang ist keineswegs auf die Dürre zurückzuführen, sondern auf den Mangel an Kunstdünger. An einem Mangel an Getreide braucht deshalb das Land aber nicht zu leiden, denn die bestellte Fläche ist diesmal größer als im Vorjahre. Roggen werde man sogar um fünf Prozent mehr ernten. Im Vorjahre wurden geerntet: 101 812 Waggon Weizen, 425 620 Waggon Roggen, 122 471 Waggon Gerste, 218 141 Waggon Hafer, 2 679 956 Waggon Kartoffeln. Im Verhältnis zum Vorjahre beträgt die besäte Fläche: Weizen 122,5 Prozent, Roggen 122,1 Prozent, Gerste 112,3 Proz., Hafer 120,3 Proz., Kartoffeln 110,6 Proz.

Erster russischer Kongreß für Außenhandel. Aus Moskau wird gemeldet: Auf dem Kongreß der Bevollmächtigten für Außenhandel erklärte der Volkskommissar für Außenhandel Krassin u. a.: „Rußland müsse sich nun dem Problem der ökonomischen Wiederaufrichtung widmen. Wir müssen den vorhandenen Apparat völlig umbauen und ihn an die veränderte wirtschaftliche Lage unseres Landes im Zusammenhange mit dem Rapallovertrage anpassen. Das muß den wichtigsten Gegenstand unserer Verhandlungen und Beratungen bilden." Der Vorsitzende des obersten Wirtschaftsrates Bogdanow hielt eine große Rede, worin er die Tätigkeit des Außenhandelskommissariats einer scharfen Kritik unterzog. Das Außenhandelsmonopol in seiner heutigen Form habe sich nicht im geringsten bewährt. Die Mängel seien zahlreich und groß. Man müsse den Handel mit dem Auslande von der staatlichen Zwangsjacke und dem Bureaukratismus befreien. Auch andere Delegierte sprachen sich scharf gegen das heutige Außenhandelsmonopol der russischen Regierung aus.

Die Industrie im Dombrowaer Gebiet. Die Industrie im Dombrowaer Gebiet entwickelt sich von Monat zu Monat immer mehr und die gesteigerte Produktion aller Industriezweige läßt mit Sicherheit annehmen, daß der Stand vor dem Kriege bald wieder erreicht sein wird. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die oberschlesischen Metallwarenwerke mit Bestellungen aus Deutschland direkt überschüttet sind, steigt die Produktion der Dombrowaer Metallindustrie stetig. Es steht aber zu erwarten, daß die oberschlesische Konkurrenz der Dombrowaer noch viel zu schaffen machen wird. Die Textilindustrie hat gleichfalls eine große Belebung erfahren, doch ist diese Belebung nur sporadisch, und Überraschungen werden nicht ausbleiben. Einstweilen wird, wie die „Danz. Zeitg." schreibt, für den Tauschhandel mit Rußland und für den Export nach dem Balkan gearbeitet. Am glänzendsten steht jedoch die Kohlenindustrie da, die, obwohl sie die Höhe der Vorkriegszeit längst erreicht hat, kaum imstande ist, den gesteigerten Inlandsbedarf voll zu decken.

Vereinheitlichung der indirekten Steuern in Polen. Die indirekten Steuern sind nunmehr fast auf dem ganzen Gebiete der polnischen Republik vereinheitlicht worden. Eine Ausnahme bilden lediglich die zuletzt zu Polen gekommenen Gebiete: Wilna und Oberschlesien. Was das Wilnaer Gebiet anbelangt, so besteht schon ein Beschluß auf Ausdehnung der Wirksamkeit der Steuersätze auch auf jenes Gebiet. In Oberschlesien werden auf Grund eines Einvernehmens mit dem Finanzminister die indirekten Steuern auf die in der Republik Polen übliche Höhe gebracht werden. Die Erhöhung wird in deutscher Währung erfolgen zum Kurse von 15 Polenmark für eine Reichsmark. Die Steuererhöhung betrifft: Bier, Spiritus, Wein, Hefe. Dagegen werden folgende Waren niedriger versteuert sein, als im übrigen Polen: Zündhölzer, Zucker, Petroleum, Salz, Sacharin, Tabak. Der Wojewodschaftsrat verpflichtet sich, für diese Waren ein Einfuhrverbot zu erlassen.

Russische Einkäufe in Polen. In den letzten zwei Monaten kaufte der Vertreter des sowjetrussischen Außenhandelsamtes (Wnieschtorg), Gortschakow, in Polen für über zwei Milliarden Mark Waren an. Es wurden hauptsächlich erworben: Manufakturwaren, Zigarettenpapier, Säcke, Sämereien, Eisen, Nägel und Chemikalien.

Verträge und ausländische Valuta in Polen. Das polnische Justizministerium teilte den Notaren mit, daß von ihnen Handelsverträge in ausländischer Valuta geschlossen werden dürfen, sofern einer der Vertragschließenden Ausländer ist oder im Auslande wohnt.

*

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	13. Juli		12. Juli		Münz-Parität.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . 100 Guld.	16529.30	16570.70	17178.50	17221.50	168.74 M
Buenos Aires 1 P.-Pes.	156.80	157.20	159.55	159.95	1.78 „
Belgien . . . 100 Frcs.	3425.70	3434.30	3488.10	3496.90	81.00 „
Norwegen . 100 Kron.	7016.20	7033.80	7390.75	7409.25	112.50 „
Dänemark . . 100 Kron.	9313.30	9336.70	9573.00	9587.00	112.50 „
Schweden . . 100 Kron.	11186.00	11214.00	11485.60	11415.40	112.50 „
Finnland . . 100 fin. M.	858.90	861.10	996.75	999.25	81.00 „
Italien . . . 100 Lire	—	—	2027.45	2032.55	81.00 „
England . . . 1 P. Sterl.	1935.05	1939.95	1977.50	1982.50	20.43 „
Amerika . . . 1 Dollar	438.45	440.55	446.94	448.06	4.20 „
Frankreich . . 100 Frcs.	—	—	3640.40	3649.60	81.00 „
Schweiz . . . 100 Frcs.	—	—	8589.25	8610.75	81.00 „
Spanien . . . 100 Peset.	—	—	6921.30	6938.70	81.00 „
Deutsch-Oest. abgest.	1.55¹/₄	1.59¹/₄	1.88	1.92	85.06 „
Prag . . . . . 100 Kron.	868.90	871.10	1023.70	1026.30	85.06 „
Budapest . . 100 Kron.	33.95	34.05	39.95	35.05	85.06 „

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse.	13. 7.		15. 7.
3½% Posener Pfdbriefe C und ohne Buchstaben	—	Złącz. Ceg., Gradowice	—
4% Posener Pfandbriefe, Buchstabe D u. E u. neue	—	Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	125-120
Bk. Związku (Bbdsb.) I-VII	—	Wytwornia Chemiczna o. Bezugsr.	200-165
Bk. Związku (Bbdsb.) VIII	—	Drzewo Wronki (Holz)	—
Bank Handl., Poznań	—	Wisła	—
Bank Handlowy, Warszawa	—	Arcona	340
Bank Dyskontowy, Bydg.-Gdańsk	—	Wagon Ostrowo I	—
Kwilecki, Potocki i Ska I-VII	—	Wytwornia Maszyn Młyńskich (Masch.) IV	—
Bk. Ziemski (Landbank)	—	Herzfeld & Victorius	355-350
R. Barcikowski	185-195	Bentzki I	570
Centrala Skór (Lederz.)	—	Orient (exkl. Kupon)	—
Laban	—	Sarmatia	—
Dr. Roman May	—	II	—
Patria	—	Bławat Polski	—
Pozn. Spółka Drzewna (Holz) I-III	—	Dom Konfekcyjny I-IV	—
C. Hartwig I—III. Em.	—	Centr. Rol. (Ldw. Bk.). I-V	—
C. Hartwig IV. Em., junge	—	Hurt. Związkowa (o. Bzgsr.	—
Cegielski I—VI. Em.	185	Papiernia Bydgoszcz	—
Cegielski VII. Em.	185	Tri	—
Inoffizielle Kurse.		Sierakowskie Kop. Węgla	—
Bank Centralny	—	Hurtow. Skór (Leder) I	235-250
Bk. Poznański (exkl. Kupon)	—	II	—
Bank Przemysłowców (Industrie)	200	Pneumatik	—
Poz. Bk. Ziemian (Bb.) I	180	Hartwig Kantorowicz	—
		Stadthagen, Bydgoszcz	—
		Kabel I-II	—

Warschauer Börse vom 13. Juli. Schecks und Umsätze: Belgien 412-415-413. Berlin 13,50-13,40-13,30. Danzig 13,35-13,40 bis 13,32. London 23900-24400-24200. Neuyork 5300-5525-5430. Paris 435-441-438. Prag 131,50-127,50. Wien (für 100 Kronen) 23,50-23,00. Devisen (Barzahlung u. Umsätze): Dollars der Vereinigten Staaten 5300—5500—5405. Englische Pfund —,— bis —,—. Tschechoslowakische Kronen —,—. Kanadische Dollars 5350. Belgische Franks —,—. Französische Franks —,—. Deutsche Mark 13,60 bis 13,55.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 13. Juli. Holl. Gulden 17 382,60 Geld, 17 417,40 Brief. Pfund Sterling 1960,50 Geld, 1964,50 Brief. Dollar 437,56 Gd., 438,44 Br., Polennoten 7,81 Gd., 7,84 Br., Auszahlung Warschau 7,76 Gd., 7,79 Br. Auszahlung Posen 7,71 Gd., 7,74 Br. Paris 3396,60 Gd., 3403,40 Br.

Schlußkurse vom 13. Juli. Danziger Börse: Dollar 441 Gd., 443 Brief. Polennoten 7,92½ Geld, 7,97½ Brief. Neuyorker Börse: ausgeblieben.

Kursbericht.

Die Polnische Landesdarlehnskasse zahlte heute für deutsche 1000- u. 100-Markscheine 1270, für 50-, 20- u. 10-Markscheine 1250, für kleine Scheine 1170. Gold —,—. Silber —.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 13. Juli in Zawichost — (0,87), Warschau — (0,80), Plock — (—), Thorn 0,06 (0,13), Fordon 0,02 (0,04, Culm 0,10 (0,07), Graudenz 0,05 (0,05), Kurzebrack 0,39 (0,36), Montau 0,13 (0,20), Pieckel 0,31 (0,40), Dirschau 0,20 (0,29), Einlage 2,26 (2,28), Schiewenhorst 2,50 (2,46). Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom vorherigen Tage an.

Lest das Blatt der Deutschen: die „Deutsche Rundschau".

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für Republik Polen: Johannes Kruse, für die übrige Politik: Gotthold Starke; für „Stadt und Land" und den anderen redaktionellen Teil: Karl Bendisch; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.



Die Geburt eines gesunden Mädels zeigen an 8309

Burchardi und Frau Christel
geb. Daniels.

Theda

Bydgoszcz, den 12. Juli 1922.
ul. 20 stycznia 20 r. Nr. 35.

Am 13. Juli verschied nach kurzem Leiden meine innigstgeliebte Frau und unsere herzensgute Mutter

Auguste Steinborn
geb. Lorenz

im 39. Lebensjahre. 10791

Im tiefsten Schmerz
Julius Steinborn.
Trzciewiec.

Die Beerdigung findet Sonntag 4 Uhr nachmittag statt.

Wegen Beurlaubung des Personals vom 8. bis 21. Juli geschlossen.
Mercedes, Mostowa 2. 8002

Kranken-Behandlung.

Dr. med. **Hey-Gießen** behauptet, Krebs sei heilbar. In Gemäßheit des Art. 117 der Konstitution veröffentliche ich hiermit, **Krebs** wiederholt geheilt zu haben. Ferner habe ich geheilt: **Tuberkulose**, Folgen v. **Lues, Blutvergiftung, Gallen-** und **Nierensteine, Blasen-**, Magen-, Darm- und Frauenleiden, Gicht, Rheuma, **Paralyse**, Folgen v. Quecksilber- u. Arsenikvergiftung, **Englische Krankheit, Star**, Augenleiden, **Bronserose**, die schwersten Nervenleiden, selbst **Wahnsinn** usw.

Auch die Geschlechtsleiden sind, wie berühmte Natur-Aerzte bewiesen haben, auf ganz einfache Art zu heilen.

Ich behandle nach der giftlosen Volks-Heilmethode. **Jede Krankheit** ist heilbar, aber **nicht** jeder Kranke. Zur Feststellung der genauen Diagnose ist die Angabe der genauesten Geburtszeit, also auch Stunde der Geburt erforderlich. 10370

Am Sonnabend u. Sonntag keine Sprechstunden.

Bydgoszcz. **A. Sękowski**, Danzigerst. 147. II.

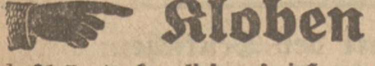
Ich bin zum
Notar
ernannt. Mein Büro befindet sich 8079
Tel. 783. **Gdańska 152** Tel. 783.
Sobiecki, Rechtsanwalt.

Fotografien Paßbilder
Vergrößerungen, Bilder und Postkarten liefert billigst und schnellstens in künstl. Ausführung
Atelier Viktoria Inh.: A. Rüdiger
nur Gdańska 19
5884

Wichtig für Mieter und Vermieter! 8049

Auf Grund erprobter Praxis erteile in allen
Rechtsfragen u. Streitsachen
vor dem Mieteinigungsamte genaue Auskunft u. übernehme die Verteidigung
Zygfryd Gruszczyński
ulica Gdańska 162, II piętr. — Telefon 14-29
Bürostunden: 9—12 und 3—6.

Brennholz



Kloben
1. Klasse, trocken, liefern frei Haus, äußerst billig
Parpart i Zielinski, 7690
Bydgoszcz-Okole, Berlińska 109, Telefon 1330.

Häcksel
gesundes, geben ab waggonweise, sowie einzelne Zentner 8161
Klemens & Broß,
Tow. z o. p.
Bydgoszcz, Berlińska 17.
Telefon 1031.

Achtung!

Zur allgemeinen Kenntnis, daß ich der Nachfolger des Kammerjägers Herrn
Robert Hoff
bin, und das Patent besitze. Ich werde das Geschäft in gleicher und zufriedenstellender Weise fortführen und bitte um gütige Unterstützung. 10760

Wiktor Waszak,
Kammerjäger.
ul. Kujawska 23. ul. Kujawska 23.

Habe ständig vom Lager abzugeben:
: Brennholz :
Kloben für Böttcher, **Rollen**
Stubben gespalten für Kessel- und Ofenheizungen,
sowie **prima Stichtorf**
waggonweise und in Kahnladungen. 7731
Kaczmarowski, Chodzież.

Roßschlächterei u. Wurstfabrik mit Kraftbetrieb
Fernsprecher 286.
Kaufe Schlachtpferde und bitte die Herren Landwirte und Pferdehalter um gefl. Anruf.
Pferde mit Beinbrüchen und sonstigen Verletzungen werden allerorts schnellstens abgeholt. 999
W. Semrau, Bydgoszcz,
ulica Sw. Jańska (Johannisstraße) Nr. 9.

Gleichstrom- und Drehstrom-Motoren
stets am Lager
Glühlampen und Installations-Material
Wilh. Buchholz, Ingenieur
Bydgoszcz, Danzigerstraße 150 a.
Gegründet 1907. 7886
Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen.

Buchführungs-Unterricht
Maschinenschreiben, Stenographie 7826
Bücherabschlüsse usw.
G. Vorreau, Bücherrevis.
Jagiellońska (Wilhelmstraße) 14. Tel. 1259.

Wer erteilt englischen Sprachunterricht !!
Off. u. D. 10776 a. d. G. d. Z.

Erteile Geig.-Unterricht privat. Off. unter E. 10750 a. d. G. d. Z.

Bessere Wäsche u. Sachen aus.
Schultz, ulica Kwiatowa (Blumenstr.) 3. 10747

Jedes Quantum
Torf
oberschlesische u. dombrow.
Kohle, Holz
klein gehauen und raummeterweise sowie
Buchen-Holzkohle
en gros und détail zu mäßig. Preisen empfiehlt
Fa. „OPAŁ"
ul. Dworcowa (Bahnhofstr.) **18d**
Telefon 1285.



6922

Zöpfe
Haar-Netze, Schmuck, Ersatzteile, Perücken, Unterlagen, Locken
stets in großer Auswahl.
Repariere sämtlichen Haarschmuck. 10780
Kein Friseurgesch.
nur Haargeschäft.
Dworcowa 15a,
Kaufe ausgekämmte **Haare.**

Erntewagen
sofort lieferbar. 8286
Rich. R. Schmidtke
T. z o. p.
Fahrzeugfabrik
Bydgoszcz-Szretery.

Alabaster-Gips Ia
Terpentin-Bohnerwachs
Leinöl-Firnis Ia
Spiritus-Lack
Prima Waschblau
Braunsche Stoff-Farben
Lanolin-Seife (Stück 75 M.)
Olibanum (Weihrauch)
empfiehlt 10761
„Minerva"-Drogerie :-: Śniadeckich 42a,
Ecke Sienkiewicza.

Auskünfte
des In- und Auslandes
sowie
Kommissions-Geschäfte
jeder Art 5159
erledigt schnellstens
C. B. „Express".
Gegründet 1911.
Hauptbüro: Jagiellońska 70. Telef. 800, 799, 665.

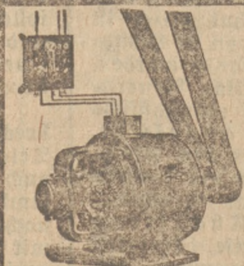
Zimmer- u. Mauer-Arbeiten
auch n. außerhalb werden noch stets schnell u. zu den billigst. Berechn. ausgeführt. Off. u. A. 10639 a. d. G. d. Z.

! Saison-Räumungs-Verkauf !
zu jedem annehmbaren Preise:
Hüte ∴ Blumen ∴ Reiher ∴ Spitzen ∴ Bänder usw.
Martha Kuhrke,
ul. Niedźwiedzia Nr. 4. 7481 Bären-Straße Nr. 4.





3. bis 6. September 1922
Alle Auskünfte über Paß-, Einreisewesen, Unterkunft etc. durch das
BRESLAUER MESSE-AMT
8199



Elektro-Motoren
repariert und wickelt neu auf Gleich- und Drehstrom 7370
C. Wujec,
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 11 (früh. Fischerstr.)

Prima Oberschlesische
Schmiedekohlen
ab unserem Lager stets zu haben. 7951
Parpart & Zielinski
Telefon 1330. Bydgoszcz-Okole, Berlińska 109. Telefon 1330.

Achtung! Achtung!
Spinnerei!
Ich gebe bekannt, daß ich außer Donnerstags u. Freitags stets von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr zu sprechen bin. Ab nächster Woche habe ständig Wolle zum Tausch, Spinnerei-Arbeiten nehme ich stets an. Lieferzeit 2—3 Tage 10770
Frau Molinder, Sw. Florjana (Alexanderstr.) 16, H.

Holzwolle
liefert prompt frei Haus 7959
Kohlenkontor Bromberg Telefon 8, 12 u. 13
Bydgoszcz, Jagiellońska 46-47.

Wohnungen

5 bis 6 Zimmer-Wohnung
möglichst von sofort zu mieten gesucht. 10742
Offerten unter **Nr. 1309** an Annoncen-Expedition C. B. „Expreß".

Gute
3 Zimmerwohnung gegen eine solche von 5—6 Zimmern **zu tauschen gesucht.**
Offerten unter **Nr. 1310** an Annoncen-Expedition C. B. „Expreß". 10741



Laden
in allerbester Lage in Bydgoszcz wegen Vergrößerung abzugeben.
Offerten bitte zu richten unter „**Laden**" an 8290
Reklama Polska, Gdańska 164.

Suchen sofort od. später f. ält. alleinst. Dame mod.
3—5-Zimm.-Wohng.
part. bis 2. Stock, mögl. Nähe Plac Kochanowsk. (Bülowplatz), direkt vom Hauswirt. Miete nach Uebereinkunft. Off. erb. an
Bracia Lewandowski,
Długa 36. 10740

---

1 oder 2 Zimmer
leer oder möbliert zur selten. Benutzung gesucht. Angebote unter B. 10640 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wohnung,
2 Zimmer, Küche, län. Kor., 2 Balkons, Badezim., elektrisches Licht, Gas, mit Uebernahme der Möbel abzugeben. Näheres 10788
ul. Król.-Jadwigi 10
im Obstkeller.

Suche
3-4-Zim.-Wohnung
von sofort oder später. Off. unter H. 10762 a. d. G. d. Z.

Eine gute 2-Zimmerw. gegen eine 3-Zimmerw. zu vertauschen, mögl. Nähe Elisabethmarkt. Off. unt. L. 10768 an d. Gst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer

2 Brüder suchen 1 möbl. **Zimmer.** Offerten unter F. 10751 an die G. d. Z.

Gut möbl. Zimm. zu miet. ges. Nähe Danzigerst. Off. u. M. 10769 a. d. Gst. d. Z.

Schlafstelle 10789
zu vermiet., (Brunnenstr.)
Chwytowo 13a, II Tr. l.

Suchen von sofort eine
5—6 Zimmer-Wohnung
in der Nähe Elysium. Offerten an die Drogerie „Iris", Gdańska 48. 8175

Eine schöne, moderne
4-Zimm.-Wohng.
mit Küche, Bad, elektr. Licht, Gas, Balkon und Vorgarten, ist sofort abzugeben.
Offerten unter C. 10737 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 138.

Bromberg, Sonnabend den 15. Juli 1922.

Die leidende Weichsel.

Von dem Zustand des Weichselstromes in polnischer Hand bringt die letzte Nummer der Zeitschrift „Osten" eine anschauliche Darstellung, der wir das Folgende entnehmen:

„Von der Weichsel war vor dem Kriege der auf preußischem Gebiet liegende Teil von kurz oberhalb Thorn bis zur Mündung in moderner Weise ausgebaut worden, so daß bis Thorn fast bei jedem Wasserstand Schiffe von 400 Tonnen Tragfähigkeit mit voller Ladung fahren konnten. Schiffe von 600 Tonnen konnten mindestens bis Graudenz fast bei jedem Wasserstand gelangen. Nur während des Hochsommers traten oberhalb Graudenz die wandernden Sandbänke im Strom so weit hervor, daß sie für einige Wochen auch bis Thorn das volle Beladen der Weichselkähne von 300—400 Tonnen Tragfähigkeit nicht gestatteten. Man hatte in den Jahren von 1914—1918 in deutschen Kreisen eine lebhafte Erörterung über eine weitere Verbesserung der Weichselstraße durch Nachregulierung geführt, wobei diese Frage soweit geklärt war, daß eine Nachregulierung schleunigst in Angriff genommen werden sollte.

Nach der Abtretung des größten Teils der preußischen Weichsel an Polen hätte man glauben müssen, daß nun die Nachregulierung erst recht sofort erfolgt wäre, da für das polnische Reich die Bedeutung der Weichsel als Wasserstraße noch eine ungleich größere ist, als sie für die kleine Provinz Westpreußen im preußischen Staate gewesen ist. Der untere Weichsellauf bildete im preußischen Staate eine Wasserstraße, die mehr lokale Bedeutung hatte, während die Weichsel für Polen die zentrale Verkehrsader ist.

Um so mehr muß es befremden, daß tatsächlich von polnischer Seite praktisch auch nicht das Geringste für den Ausbau der Weichsel getan worden ist. Die Arbeiten, die Polen an der Weichsel vornehmen läßt, sind auch noch nicht einmal ausreichend, um den bisherigen Zustand zu erhalten. Namentlich im früher preußischen Teil hat die Intensität der Arbeit nachgelassen, so daß eine zunehmende Versandung eingetreten ist und heute Thorn noch nicht einmal mehr von 200-Tonnen-Kähnen zu jeder Jahreszeit erreicht werden kann. Schon von Dirschau ab machen sich jetzt Schwierigkeiten für 400-Tonnen-Kähne bemerkbar. Man kann oberhalb Graudenz jetzt im Sommer auf kaum mehr als 80 Zentimeter Wassertiefe rechnen.

Das ist ein Zustand, wie ihn die kleinsten schiffbaren Wasserläufe in Deutschland aufweisen, wie er beispielsweise bei dem kleinen Pregelstrom in Ostpreußen oberhalb Tapiau noch vorhanden ist. Der Pregel aber ist ein kleiner Fluß, den man oberhalb Tapiau als kaum noch schiffbar ansieht, die Weichsel aber ein großer Strom und die Zentrale eines Verkehrssystems eines großen Reiches.

Man hatte in Wirtschaftskreisen angenommen, daß schleunigst nach der Entstehung des selbständigen polnischen Staates der Ausbau der Weichsel in Kongreßpolen erfolgen würde. Aber nichts ist, wie schon gesagt, bisher getan, ja, auch fast nichts vorbereitet worden. Infolge der völligen Vernachlässigung der Weichsel und der Verschlechterung des Stromes im früher preußischen Gebiet ist die Weichselschiffahrt ständig zurückgegangen. Bei diesem schlechten Zustande des Stromes kann die Schiffahrt mit der Eisenbahn immer weniger in Wettbewerb treten. Daher geben die Schiffer ihr Gewerbe auf und haben ihre Kähne nach Deutschland oder nach Danzig gebracht, so daß die Weichselschiffahrt langsam einschläft."

Was man besitzen will, muß man durch eigene Arbeit erwerben, wobei es gleichgültig ist, ob der Besitz von den Vätern ererbt oder von Barbaren abgenommen wurde. —

Pommerellen.

14. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

* **Deutscher Schulverein Graudenz.** Im Einverständnis mit dem Thorner Schulkuratorium hat mit dem 1. Juli eine Zusammenlegung des Privatgymnasiums mit den beiden früheren Privat-Vorschulen von Frl. Spaenke und Frl. Storz stattgefunden. Die Lehrkräfte und das Inventar der beiden letztgenannten Schulen werden vom Schulverein übernommen. Damit ist in der harmonischen Entwickelung des deutschen Schulwesens ein bedeutender Schritt vorwärts getan. Nunmehr ist es unseren Kindern ermöglicht, vom ersten Schuljahre an eine einheitlich aufgebaute Schule zu besuchen, und zwar zunächst bis Quarta, welche Klasse am 1. September der Anstalt neu aufgesetzt werden wird. Schwierigkeiten bereitet die Gebäudefrage, da die gesamte Schule möglichst in einem Gebäude untergebracht werden soll. Da in der Stadt noch Schulräume frei sind, rechnet der Schulverein damit, daß sich auch für die deutsche Schule noch ein Unterkommen, dank dem Entgegenkommen der städtischen Behörden, finden wird. Die Sprechstunden des Geschäftsführers finden während der Ferien am Mittwoch und Sonnabend im Schulgebäude, Mickiewicza (Pohlmannstr.) 15, I, statt. *

+ **Die frühere Friedrich-Wilhelm-Schützengilde,** welche jetzt den Namen „Alte Schützengilde" führt, geht schweren Zeiten entgegen. Nach dem Herrschaftswechsel wurde der Name geändert. Während des Bolschewistenkrieges herrschte Belagerungszustand. Die Mitglieder der Gilde, der damals bereits Polen angehörten, mußten ihre Büchsen auf der Polizei abliefern. Später wurden sie den Besitzern wieder ausgehändigt und es begann das übliche Schießen. Viele deutsche Mitglieder der Gilde wanderten aus, und zahlreiche Polen wurden aufgenommen. Bei der letzten Hauptversammlung wurde von Mitgliedern polnischer Nationalität die Forderung gestellt, daß diejenigen Mitglieder, welche für Deutschland optiert haben, nicht mitstimmen sollten. Der erste Vorsteher der Gilde Brauereibesitzer Redmann, konnte diesem Ansinnen nicht entsprechen, die Mitglieder polnischer Nationalität verließen geschlossen die Versammlung. Von polnischer Seite wurden Gerüchte verbreitet, daß die Gilde aufgelöst werden würde u. a. m. Die Hauptversammlung wurde von den zurückbleibenden Mitgliedern in üblicher Weise zu Ende geführt. In der Vorstandswahl wurde trotz der Abwesenheit der Mitglieder polnischer Nationalität auch ein Pole gewählt. Nach der Meinung der polnischen Mitglieder sollten die in der Hauptversammlung gefaßten Beschlüsse ungültig sein. Der erste Vorsteher wurde darauf zum Stadtpräsidenten gebeten. In der Unterredung wurde ihm eröffnet, daß es nicht angängig sei, daß Angehörige eines anderen Staates im Schießen ausgebildet würden; die Optanten durften daher in Zukunft an dem Übungsschießen nicht teilnehmen. Der Vorsteher hat darauf die Meinung geäußert, daß eine Liquidation, also Auflösung, der Gilde stattfinden könne, wenn die guten Rechte der deutschen Mitglieder, die heute noch in der Mehrheit seien, nicht geachtet werden sollen. Von einer Liquidation der Gilde wollte der Stadtpräsident aber nichts wissen. Die Gilde besitzt nämlich ein großes Grundstück mit altem Garten und einem großen Saal im belebtesten Teil der Stadt. Bei der vor dem Kriege herrschenden Bautätigkeit war geplant, das passend gelegene Gelände zu Bauzwecken zu verwenden. Die Straßenzüge waren bereits projektiert. Das Schützenhaus sollte auf städtischem Gelände an der Culmer Chaussee nach Boeslershöhe zu erbaut werden. Es fanden bereits langwierige Verhandlungen statt, die durch den Krieg unterbrochen wurden. Dieses Grundstück hat heute einen Wert von vielen Millionen Mark. In dem großen Schützenhaussaale spielt seit einiger Zeit auf Grund eines Privatvertrages das polnische Theater. Inzwischen scheint die Angelegenheit sich aber derart zugespitzt zu haben, daß es im Interesse der Mitglieder der Gilde liegt, wenn diese liquidiert wird, denn der erste Vorsteher hat zum 21. d. M. eine Hauptversammlung ausgeschrieben mit dem einzigen Punkt der Tagesordnung: Liquidation. *

A. **Deutsche Bühne.** Zu der vor einigen Tagen abgehaltenen Hauptversammlung der Deutschen Bühne hatten sich auch einige Herren aus Thorn eingefunden, da in Thorn beabsichtigt wird, nach hiesigem Muster ein gleiches Unternehmen einzurichten. *

□ **Die Molkereigenossenschaft Graudenz-Marusch** hielt am 12. Juli im Goldenen Löwen eine Hauptversammlung ab. Für den aus der Leitung der Zentralmolkerei ausgeschiedenen Rentier Kutscher leitet vorübergehend Gutsverwalter Schulz aus Marusch den Betrieb. Demnächst wird Molkereiverwalter Naß aus Rehden die Leitung des Molkereibetriebes übernehmen. *

A. **„Das Alte stürzt."** Vor etwa 25 Jahren war Kaiser Wilhelm II. in Graudenz anwesend. Von Thorn kommend, verließ er gegen Böslershöhe den Zug. Der Weg führte von da ab den Namen „Kaiserweg". Später wurde auf der Stelle eine Haltestelle errichtet. Besonders benutzten Ausflügler nach der Försterei Rudnik den Zug und gingen dann durch den schattigen Wald weiter. Auch an Sonntagen war viel Verkehr nach dem Rennplatz. Während des Krieges vernichtete ein Schadenfeuer die Baulichkeiten und während und nach der Revolution stahl man die Reste derselben. Heute steht nur noch eine Mauerruine. An den Wiederaufbau der Haltestelle, die für die Stadtbewohner eine große Annehmlichkeit war, denkt man unter den heutigen Verhältnissen natürlich nicht. *

Thorn (Toruń).

‡ **Die Thorner Badeverhältnisse** liegen derart im Argen, wie es bei einer Stadt von der Größe und Bedeutung Thorns kaum glaublich ist. In früheren Jahren gab es neben einer Privatbassinanstalt, die den Verkehr kaum bewältigen konnte, nur noch ein Städtisches Freibad am Pilz, das aber seiner primitiven Einrichtung wegen nur von Unbemittelten benutzt wurde. Nach der Revolution kaufte die Stadt die Pionier-Badeanstalt auf und verlegte sie nach oberhalb der Eisenbahnbrücke. Diese Anstalt wurde gern und viel benutzt und erbrachte den Beweis, wie notwendig eine bequem gelegene Anstalt ist. Unglücksfälle kamen hier nicht vor, da die Anlage sachgemäß beaufsichtigt wurde. In diesem Winter wurde diese Anstalt nun durch Sorglosigkeit vor dem Eisgange nicht genügend geschützt und ging zum Teil verloren. Sie ist bis heute nicht wieder hergerichtet und aufgestellt worden. Mangels jeglicher sicheren Badegelegenheit nahm nun das Baden in der freien Weichsel derart zu, daß sich die Stadt veranlaßt sah, um den vielen Unglücksfällen vorzubeugen, das freie Baden ganz zu verbieten. Eindringliche Mahnungen der Bürgerschaft veranlaßten den Magistrat nun vor kurzem, die Badestelle an Wieses Kämpe für den Verkehr freizugeben. Für die Beaufsichtigung ist ein Schiffer angestellt, der als Entlohnung 5 Mark pro Person zu fordern berechtigt ist. Die beiden hier in wenigen Tagen vorgekommenen Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang sollten dem Magistrat eine dringliche Warnung sein zur Abstellung der vorhandenen Mängel. Es muß vor allem gefordert werden, daß die Warnungstafeln mit zweisprachigen Aufschriften versehen werden. Wie sich ein jeder täglich überzeugen kann, baden hier stets einige hundert Personen, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind und die Tafeln daher nicht beachten können. Andererseits würde es sich empfehlen, an den tiefen Stellen Strohwische oder rote Fahnen aufzustellen, die jedem verständlich sind. Auch müssen diese so eingesteckt werden, daß die Untiefen rings herum deutlich zu erkennen sind. Eine Tafel hinter das Loch gestellt, wie es jetzt der Fall ist, genügt hier nicht. Wir hoffen, daß der Magistrat die Konsequenzen ohne Verzug zieht und das Erforderliche in die Wege leitet, um sich dem Vorwurf der Fahrlässigkeit nicht weiter auszusetzen. **

* **Konitz** (Chojnice), 13. Juli. Ein Teil der Stadtmauer von Konitz wird in diesen Tagen abgerissen, und zwar der, welcher auf dem Kazmierskischen Grundstücke einem Neubau zum Opfer fällt. In früheren Zeiten pflegte die Regierung solche alten historischen Wahrzeichen zu konservieren.

* **Putzig** (Puck), 13. Juli. Laut Magistratsbeschluß sind an Gemeindesteuern für 1921 zu zahlen: 100 Prozent von der Staatseinkommensteuer, 100 Prozent von der Gebäudesteuer, 2000 Prozent von der Grundsteuer, 400 Prozent von der Gewerbesteuer und 5000 Prozent von der Ausschanksteuer.

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig,** 12. Juli. Nach Unterschlagung von 265 000 Mark ist der Bankbeamte Alfred Weinberg von hier seit dem 1. Juli flüchtig. Auffällig sind seine teilweise „silbernen Zähne". — Kürzlich erfolgte die Entlassung von 200 Arbeitern der Danziger Werft, da infolge des Formerstreiks auf der Werft kein Guß fertig gestellt wird und also für verschiedene Facharbeiter Arbeitsmangel vorliegt. Heute sah sich die Werft leider gezwungen, 600 Arbeitern, in der Hauptsache Schlossern, zu kündigen, da sie auf die Dauer nicht hunderte von Leuten bezahlen kann, für die infolge der Handlungsweise ihrer Kollegen aus der Formerei keine Arbeit vorhanden ist. Die Former jedoch verharren weiter auf ihren Lohnforderungen. Ein Streik der ganzen Belegschaft steht vor der Tür.

* **Zoppot,** 12. Juli. Gestern nachmittag entstand auf dem Motorboot „Bübchen", einem Sportboot aus Mahagoni, infolge unvorsichtigen Nachfüllens von Benzin ein Brand, der die vier Insassen schwer gefährdete. Dem Segelboot „Glückauf" gelang es, mit Hilfe von Zoppoter Fischern, die vier Insassen des brennenden Bootes zu bergen. Das Motorboot „Bübchen", das einen Wert von ungefähr 250 000 Mark hat, sollte von seinem Besitzer an den konsularischen Vertreter einer auswärtigen Macht verkauft werden. Jetzt liegt es vollständig ausgebrannt am Strand in der Nähe des Südbades.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, uns freundlichst dadurch zu unterstützen, daß sie unser Blatt nicht nur überall empfehlen, sondern es in den Restaurants, Hotels, Konditoreien, Cafés sowie bei den Bahnhofsbuchhandlungen stets verlangen und da, wo es nicht gehalten wird, auf seine sofortige Bestellung dringen.

Die polnische Auslandspresse und die deutsche Schule in Polen.

Unter dem Titel „Um die polnische Schule in Ostpreußen“ bringt der „Dziennik Berliński“ in Nr. 126 vom 10. Juni Ausführungen, die für die polnischen Expansionsbestrebungen in Preußen typisch sind. Diese Bestrebungen an sich interessieren uns nicht so sehr, als der Umstand, daß die polnischen Zeitungen in Preußen die angeblich rosigen Verhältnisse des deutschen Schulwesens in Polen als Kampfmittel für ihre Bestrebungen benutzen. Wir müssen es ganz entschieden zurückweisen, daß man auf diese Weise mit unserer Not Spott treibt. Ist's nicht genug, daß uns in Polen trotz des Minderheitsschutzvertrages unsere deutsche Schule in jeder Weise benachteiligt wird, müssen uns die Polen in Deutschland dazu auch noch verhöhnen, indem sie unsere Bedrängnis zu paradiesischen Zuständen für ihre politischen Zwecke umlügen? Wir geben im folgenden die Ausführungen des „Dziennik Berliński“ wieder, und geben in Klammern einige Bemerkungen zu den Stellen, die nicht unwidersprochen bleiben können. Am Schluß beweisen wir an Hand von statistischem Material, daß die Angaben des „Dziennik Berliński“ über die günstige Lage unseres Schulwesens in Polen *vollständig unwahr* sind:

„Der Versailler Vertrag hat sich der Deutschen in Polen angenommen, die polnische Minderheit in Deutschland jedoch ganz vergessen und sie ganz der Ungnade dieses Erbfeindes überlassen. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen mit Berlin hat die polnische Regierung Gelegenheit, daß wieder gut zu machen, was die Friedenskonferenz versäumt hat, und ihre Pflicht gegenüber den polnischen Inseln zu erfüllen, die dem Anprall des feindlichen Elements ausgesetzt sind. Sie muß für diese dieselben Freiheiten und Rechte erwirken, die die Deutschen in Polen genießen. Das fordert und erwartet die Gemeinschaft von der Regierung. Mit diesen Minderheiten hat sich zum Teil der Polenbund in Ostpreußen beschäftigt, der sich auf den Spuren des mächtigen von Berlin aus geleiteten (das ist eine oft richtiggestellte Tatsachenverdrehung. Die Red.) und gut situiertem „Deutschtumsbundes“ bewegt. Wenn er bislang noch nicht zu einem so großen und gutorganisiertem Vorposten ausgewachsen ist wie der Deutschtumsbund (mit dieser Anerkennung können wir zufrieden sein), dann ist es nicht seine Schuld. Jener Deutschtumsbund hat unter der deutschen Regierung an die 22 Millionen Mark für Schulzwecke erhalten, im vergangenen Jahre sogar 86 Millionen (der Deutschtumsbund kennt leider nichts von diesem Millionensegen), obwohl die Deutschen nicht mal das Geld haben, um die Reparationskosten zu bezahlen (ob sich der polnische Staat ähnliche Denunziationen von einer deutschen Zeitung gefallen lassen würde?). Und wie sich die deutschen Behörden dazu verhalten, sieht man daraus, daß z. B. der Landrat von Stuhm sich nicht scheut, von den Steuern einen bestimmten Zusatz für diese Zwecke abzugeben. Vor kurzem entstand im Posenschen die Vereinigung des Adam Mickiewicz zur Unterstützung der Polen im Ausland, welche weiß, daß das, was sie für die Polen in Deutschland vor dem 10. Januar 1923 nicht tut, sich nicht recht wieder gut machen läßt. Wenn es nicht gelingt, eine radikale Besserung des polnischen Schulwesens zu erzielen und polnische Heime zu schaffen usw., *wird ein großer Exodus der Polen beginnen.* Es liegt uns nicht daran, daß mitten in Deutschland polnische Oasen verbleiben, aber sehr liegt uns daran, daß die Polen in Oberschlesien, im Ermland und in Ostpreußen für ihre Kinder die Erziehung in polnischer Sprache und polnischem Geiste zugesichert erhalten. Es ist für die Zukunft der Nation von unendlicher Bedeutung, daß die dort geborenen Polen in diesen Ländern erhalten bleiben und national-polnisch instruiert sind. Das braucht man denen nicht zu sagen, die in die Zukunft der Nation schauen. (Das Hellsehen scheint aber doch nicht Sache des „Dziennik Berliński“ zu sein.) Wenn wir für die Polen in Deutschland dieselben Rechte verlangen, die wir sie den Deutschen bei uns geben, fordern wir nicht zuviel. Danach müssen wir nicht nur trachten, wir können es auch erreichen, wenn wir bedenken, daß bei den Verhandlungen in Berlin die polnische Regierung kräftige Handhaben hat, wenn wir gehörig die Tatsache unterstreichen, daß Polen den Deutschen mehr gibt als das, wozu es durch den Versailler Vertrag verpflichtet ist. Sie sehen nicht, daß die Deutschen bei uns (der „Dziennik Berliński“ tut gerade so, als ob Berlin in Polen läge) über das, was der Versailler Vertrag vorsieht, hinaus 24 sogenannte Bürgerschulen, 2 Gymnasien und Volksschulen für 20 und 40 Kinder haben, daß sie ohne Schwierigkeiten Genehmigungen zur Eröffnung von Privatschulen erhalten und in Kleinpolen sogar Beihilfen für Erziehungsinstitute. Und Polen setzt nicht nur alljährlich Millionen für verschiedene Bürgerschulen aus, zu deren Erhaltung es nicht verpflichtet ist, es ermutigt sogar, das private deutsche Schulwesen durch großmütige Spenden.

Was bekommt dafür der Pole im Ermland oder im Weichselkreise Stuhm? Dort lächelt der höhere Beamte gegenüber der Forderung der etatsmäßigen polnischen Schule, obwohl diese Forderung sich auf Art. 113 der Weimarer Verfassung stützt. Denn die Deutschen zögern nicht einen Augenblick, alle Pflichten zu vergessen, wenn es sich um Polen handelt. Selbstverständlich wurde in der Zeit der Abstimmung in den Schulen Pommerellens und Ermlands polnisch unterrichtet, aber nach der Abstimmung gingen diese Schulen sofort um mindestens 50% zurück und jetzt kann man sie an den Fingern abzählen. (Wir glauben, daß die Verhältnisse in Westfalen ein Beweis des Gegenteils sind.) Das ist eine Sabottierung, gegen die die polnische Regierung bei den Berliner Verhandlungen *eine Waffe in der Hand hat.* In der Praxis gibt es für die Deutschen keine Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer Pflicht, den Unterricht in polnischer Sprache in soundsoviel Schulen in Westpreußen, Ermlands und Masuren einzuführen, da es dort sehr viele Lehrer aus dem Posenschen und aus Pommerellen gibt, die fließend polnisch sprechen und zum Teil garnicht beschäftigt sind. Nach polnischem Unterricht für ihre Kinder rufen viele Leute im Ermland und danach werden auch rufen die Polen im deutsch verbleibenden Teile Oberschlesiens. Die einzige Feste des Polentums ist in Ostpreußen noch die „Gazeta Olsztyńska“. (Das ist ein ganz gemeines Hetzblatt!) Dem polnischen Volke muß die polnische Sprache in den Schulen in Preußen gegeben werden, wenn es sich von der Existenz des polnischen Staates überzeugen soll und wenn es sich nicht von ihm abwenden soll. (Was haben die Schulen in Preußen mit der Existenz des polnischen Staates zu tun?) Die polnische Regierung muß einen unentwegten Kampf führen, sie muß bei den Berliner Verhandlungen für den deutschen Lehrer in Polen einen polnischen Lehrer in Deutschland verlangen, einen Redakteur einer polnischen Zeitung in Deutschland für einen Redakteur für eine deutsche Zeitung in Polen.“

Der „Dziennik Berliński“ behauptet, daß Polen den Deutschen in bezug auf das deutsche Schulwesen mehr gibt als es nach dem Minderheitsschutzvertrage braucht und führt als Beweis an, daß 24 sogenannte Bürgerschulen, 2 Gymnasien und Volksschulen für 20 und 40 Kinder für Deutsche vorhanden seien. Uns ist nichts bekannt, daß es in Polen 24 deutsche Bürgerschulen gibt. Uns ist nur bekannt, daß die Bürger(Mittel-)schulen polnisch geworden sind, zum Teil unter sehr eigenartigen Umständen, wie z. B. bei der Auflösung der deutschen Knabenmittelschule in Bromberg. Ein rein deutsches öffentliches Gymnasium gibt es auch nicht. Daß es deutsche Volksschulen für 20 Kinder gibt, ist eine kühne Unwahrheit. Die hiesige Schulbehörde richtet sich nicht einmal nach der von ihr selbst aufgestellten Zahl 40. Es gibt eine große Anzahl deutscher Gemeinden, in denen 80 und mehr Kinder sind, ohne daß die polnische Behörde eine deutsche Volksschule aufrecht erhält. *Die Schulabteilung der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes* in Bromberg hat eine Statistik *aufgestellt, wonach es in Nordpommerellen 19, in Südpommerellen 61, im Netzegau 65 deutsche Gemeinden gibt, denen trotz 40 und mehr Kinder ein deutscher Lehrer vorenthalten wird,* z. T. *schon jahrelang.* Für den Bezirk Posen liegt das Material noch nicht vor. Wenn wir die Verhältnisse aber etwa mit denen in Südpommerellen gleichsetzen, so erhalten wir *200 deutsche Gemeinden, im preußischen Teilgebiet, die keine deutsche Schule haben, obwohl 40 und mehr Kinder vorhanden sind.* Nach dieser Statistik sind in Nordpommerellen 1060 deutsche Schüler ohne jeden Unterricht, in Südpommerellen 2603, im Netzegau 1557 Kinder. Ferner sind nur zwei bis dreimal wöchentlich vertretungsweise unterrichtlich gesorgt in Nordpommerellen 836, in Südpommerellen 501, im Netzegau 1806 deutsche Kinder. Das Schlimmste aber ist, daß trotz der anderslautenden Bestimmungen des Minderheitsschutzvertrages Tausende deutsche Kinder polnischen Lehrern in die Hände gegeben sind. Man hat nicht davor zurückgeschreckt, diese armen Opfer durch Gendarme in polnische Schulen zu zwingen. (Siehe Zelbowo!) In Nordpommerellen werden 1280 deutsche Kinder in polnischen Schulen bzw. von polnischen Lehrern polonisiert, in Südpommerellen 2061, im Netzegau 1100. *Fürs Gesamtgebiet (ohne Posen) ergeben sich folgende Zahlen: Ohne Unterricht sind 5220 deutsche Kinder; vertretungsweise deutsch beschult sind 3143 deutsche Kinder; in polnischen Schulen polonisiert werden 4541 deutsche Kinder. Das ergibt insgesamt (ohne Posen) 12 904 deutsche Kinder, die nicht ordnungsgemäß beschult sind.* Wenn man Posen dazu mit schätzungsweise 4000 nicht ordnungsgemäß beschulten deutschen Kindern hinzunimmt, so erhält man eine *Gesamtzahl von etwa 17 000 deutschen Kindern im ehemals preußischen Teilgebiet, die nicht ordnungsgemäß beschult sind. Das ist ein starkes Drittel aller deutschen Volksschulkinder im preußischen Teilgebiet.* Aus diesen Zahlen dürfte auch der „Dziennik Berliński“ bei einigermaßen gutem Willen erkennen, wie wenig günstig es hierzulande um die deutsche Schule aussieht. Eine Drittelversorgung kann unmöglich von jemand als paradiesischer Zustand bezeichnet werden. Der „Dziennik Berliński“ stellt außerdem die kühne Behauptung auf, daß uns hier in Polen ohne Schwierigkeit die Eröffnung von Privatschulen gestattet wird. Nach dem Geiste des Minderheitsschutzvertrages sollte man das allerdings annehmen. Wie es aber in Wirklichkeit bestellt ist, beweisen so viel Tatsachen, daß wir nur eine davon als Beispiel auswählen wollen, die übrigens schon sehr bekannt ist. In *Slesin* bei Bromberg wurde eine private deutsche Volksschule eingerichtet. Diese wurde zuerst von der Behörde aus dem Schulhause gewiesen. Die Bauern legten sie nun in ein Privathaus. Auch von hier wurde der Unterrichtskörper polizeilich entfernt. Die deutschen Kinder wurden durch Bedrohung mit Schulstrafen in die öffentliche polnische Volksschule gezwungen. In dem deutschen Schulhause befindet sich eine Postagentur. Es dürfte für den „Dziennik Berliński“ auch sehr lehrreich sein zu hören, daß sehr viele öffentliche deutsche Schulhäuser den deutschen Unterrichtszwecken entzogen werden, um sie als Wohnungen für Zollbeamte, Gendarme oder Privatpersonen zu vermieten, ohne daß das Besitzrecht der deutschen Schulgemeinde geachtet wird. Über 5000 deutsche Kinder sind ohne jeden Unterricht — aber die deutschen Schulhäuser werden zu anderen als Unterrichtszwecken benutzt. In Nordpommerellen sind 10 Schulhäuser in widerrechtlicher Benutzung (darunter das der Gemeinde Szymbark, Kreis Karthaus, wo 70 deutsche Kinder ohne Unterricht sind), in Südpommerellen 24, im Netzegau 31. „Polen ermutigt sogar das private deutsche Schulwesen durch großzügige Spenden“ klingt außerordentlich lieblich und würde auch unseren Ohren so klingen, wenn uns bekannt wäre, daß auch nur ein einziger roter Heller staatlicherseits für unsere Privatschulen gegeben worden wäre. Das verlangen wir auch gar nicht, müssen aber verlangen, daß polnische Zeitungen in Deutschland nicht in dieser Beziehung eine Sphärenmusik loslassen, wo uns Deutschen in Polen Tränen kommen. Staatlicherseits wird nicht einmal die Ausbildung von Lehrkräften die für öffentliche, *also staatliche Schulen* verwandt werden, nachdem sie in Privatkursen vorgebildet sind, mit Geld unterstützt, die deutsche Bevölkerung muß sich derartige Kurse allein finanzieren. Und sie tut es gern und ist heilfroh, daß sie dem Staate bei der Behebung des Lehrermangels auf diese Weise behilflich sein kann. Aber den unerhörten Tatsachenverdrehungen des „Dziennik Berliński“ gegenüber muß doch auch die pekuniäre Seite der Befürsorgung unseres deutschen Schulwesens in Polen ins rechte Licht gerückt werden.

Wir können es nicht dulden, daß polnische Zeitungen unsere bitter ernste Lage in hämischem Zynismus ins Gegenteil verkehren, um damit polonisierende Tendenzen im Auslande zu verfolgen.

pd.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 14. Juli.

§ **An die Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaften** richtet sich die nachstehende, im „Landw. Zentralwochenblatt für Polen“ veröffentlichte *Mahnung:* „Auf der letzten Gesellschafterversammlung der Landw. Hauptgesellschaft wurden Wünsche über großen Warenkredit und auch Klagen geäußert, daß die Bank und die Elhage (Landwirtschaftliche Genossenschaft) nicht jeden Kredit bewillige. Gern würde die Posensche Landesgenossenschaftsbank jeden Wunsch erfüllen, wenn ihr die Genossenschaften und Genossen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen würden. Man vergißt immer und immer wieder, wie sehr die Kaufkraft des Geldes geschwunden ist, wie arm wir geworden sind. Am 31. 12. 13 hatte die *Posensche Landesgenossenschaftsbank* 21 Millionen Goldmark als Betriebsmittel, am 31. 12. 21 aber 614 Millionen Papiermark, d. h. im Vergleich zu 1913 ungefähr 614 000 Mark Gold. Dazu kommt, daß die Posensche Landesgenossenschaft damals einen großen und gesicherten Bankkredit hatte, der ihr heute fehlt. Wenn wir also unsere alte Leistungsfähigkeit wieder haben sollen, muß jeder zu den alten genossenschaftlichen Grundsätzen zurückkehren, d. h. jeder trage mit des anderen Last. Jeder muß dafür sorgen, daß *keine Geldmittel zu Hause liegen bleiben.* Jeder Schatzmeister muß sich bemühen, alles Geld seiner Genossenschaft und der Bank zuzuführen, damit Kohlen, Düngemittel usw. beschafft werden können. Sonst hilft alles Klagen nichts. Die Banken gleichen Gießkannen. Wird in diese nichts hineingegossen, kann keine Pflanze mit ihrer Hilfe belebt und gefördert werden.“

Okkultismus?

Von **Max von Boehn.**

Die Zahl der Menschen, die ihre fünf Sinne richtig gebrauchen, selbst wenn sie über alle verfügen, ist gering genug, und dabei mehrt sich täglich die Schar derer, denen die sichtbare Welt nicht genügt. Je widerwärtiger es manchmal hier unten zugeht, um so stärker wird der Wunsch nach einem besseren Jenseits. Das Zwischenreich der Geister übt eine Macht aus, die dem Himmel der Theologen Abbruch tut. Der Drang danach ist so alt wie die Menschheit selbst: als Saul bei der Hexe von Endor Trost suchte, war er weder der erste noch der letzte, der drüben anklopfte, weil er sich keinen Rat mehr wußte. Das Übersinnliche lockt heute stärker denn je, und die Gläubigen sind auch dadurch nicht irre zu machen, daß das Jenseits, auf das sie ihr Vertrauen setzen, ihnen immer nur Offenbarungen von einer erschreckenden Banalität vermittelt. Man hat die erlesensten Geister bemüht, und alle miteinander wußten sie nichts zu sagen. Und dabei gibt es doch im Leben so manches Verstorbenen Dinge, die wir gerne wüßten. Die Herzogin von Caithneß schloß sich nächtelang in den Ruinen der Kapelle von Holyrood ein, um sich mit dem Geist Maria Stuarts zu unterhalten, und endlich, endlich wagte sie die Frage, die jedem von uns weniger Begnadeten auch auf der Zunge liegen würde, wenn er einer Zusammenkunft mit der schottischen Majestät gewürdigt wäre: „Bitt' schön, wie verhält sich die Angelegenheit mit den Kassettenbriefen?“ „Liebe Freundin“, antwortete der Geist der Königin äußerst diplomatisch, „über diese irdischen Sachen bin ich hinaus“, und dann sprach sie von etwas anderem, und die Herzogin war so klug, wie sie gewesen, und wir leider auch.

Als die Menschheit noch an einen persönlichen Teufel glaubte, waren die Kühnen sehr begierig nach seiner Bekanntschaft, sogar das schwache Geschlecht. Die Pompadour regierte in Frankreich, da versprach eine Pariser Hexe einigen Damen der vornehmsten Gesellschaft, sie werde ihnen den Höllenfürsten vorstellen. Sie führte sie unter schauerlichen Zeremonien in ein dunkles Zimmer, verlangte aber vorher, daß die Neugierigen sich splitterfasernackt auszögen, da die höllische Etikette dies unbedingt fordere. Dann schloß sie sie ein und ging mit Kleidern und Schmuck von dannen. Die Teufelsfreundinnen harrten und harrten, bis die Polizei erschien und die Beschämten in Freiheit setzte.

Eine Hochblüte erlebte der Okkultismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland. Er erschien sozusagen als Begleiterscheinung der Aufklärung, so wie etwa die Satyrkomödie das antike Heldendrama begleitete. Den lieben Gott hatte man unter schönen Komplimenten zur Vordertür herausgelassen, da schlüpfte der Böse höchst vergnügt auf der Hintertreppe hinein. Es wären Bände darüber zu schreiben, auf welchen Schwindel die Aufgeklärten hereingefallen sind. Nichts war so plump, daß es nicht Gläubige in Scharen gefunden hätte. Damals mußten es natürlich nicht amerikanische Professoren sein, sondern Ritter irgendeines Geheimordens, je geheimer, desto besser. Ein Hochstapler jüdischer Abkunft, Johann Samuel Leuchte, der sich Baron von Johnson nannte, trat als „Großprior des höchsten, wahren und verborgenen Großordenskapitels der ganzen Welt“ auf. Er errichtete auf dem Gut eines Frhrn. von Hundt in Thüringen ein Hochkapitel, in das er unter pomhaften Feierlichkeiten Ritter aufnahm, die für diese Ehre nicht mehr als 500 Taler zu zahlen hatten. Schließlich entpuppte sich der Großprior als gemeiner Verbrecher und wurde auf die Wartburg abgeführt, in deren Kerker er gestorben ist.

Aber er war nur einer unter vielen. Berühmt ist ja Johann Georg Schrepfer, der nach abenteuerlichem Leben ein Kaffeehaus in Leipzig errichtete. Heute würde man, um sich einen solchen Zulauf zu verschaffen, wahrscheinlich Nackttänze veranstalten; damals — andere Zeiten, andere Sitten — zitierte der Wirt Geister. Ab 10 Uhr abends erschienen im Billardsaal von Schrepfers Café Geister. Als Vorbereitung auf die Sitzungen genügte starkes Punschtrinken, dann mußten die Gäste die Schuhe ausziehen und niederknien. War das geschehen, so meldeten sich mit schrecklichem Getöse und unter Jammer und Wehklagen die Gespenster der Unterwelt, die den erschrockenen Anwesenden in dumpfem Grabeston allerlei furchtbare Geheimnisse anvertrauten. Aber die Leipziger sind helle, sie merkten, daß die Geister von den Kellnern gespielt wurden und Schrepfer als geschickter Bauchredner die Unterhaltung besorgte, und das Kaffeehaus büßte seine Kundschaft ein.

Wie einer von Schrepfers Gläubigen, der Kaufmann Schlegel, seine Erfahrungen aus dem Umgang mit dem Mann im Druck herausgab und sich nicht genierte, seine eigene Wundersucht lächerlich zu machen, so hat auch Elisa von der Recke sich verpflichtet gefühlt, einen andern Magus jener Tage, den gefeierten Cagliostro zu entlarven. Je mehr er sie anfangs mit seinem Hokuspokus und seinen geschwollenen Redensarten betört hatte, um so empörter war sie dann über die Charlatanerie, der sie zum Opfer gefallen war, **und sie deckte herzhaft und ehrlich den ganzen Schwindel auf.** Was half es? Die Binde, die einem von den Augen fiel, nahm sofort ein anderer vor, die Menschen wollen ja doch betrogen sein. Cagliostro fand in Straßburg im Kardinal Rohan einen Schüler, der ihm blind vertraute und ihn reichlich für alle Verluste entschädiget; im übrigen nahm das Wesen ruhig seinen Fortgang. Friedrich II. war noch nicht kalt, da ging es in Berlin los, denn der Nachfolger des großen Königs war so recht der Mann, den ein schwacher, unselbständiger Charakter und mangelhafte Erziehung zum Opfer jedes Wunderschwindels prädestinierten. Jeder Berliner kennt den kleinen Pavillon im Park von Charlottenburg. Er war die Stätte, wo Friedrich Wilhelm II. mit der Geisterwelt in Berührung trat. Da erschienen Cäsar, Leibnitz und andere große Männer, und zumal wirkte es auf den zärtlichen Vater, wenn sein eben verstorbenes Söhnchen, der Graf von der Mark, beschworen wurde. Der Bauchredner Steinert unterstützte die Vorstellungen durch den Grabeston seines schönen Organs: daß er stark sächselte und alle Geister den lieblichen Dresdener Dialekt sprachen, hat den Glauben des Preußenherrschers nicht irre gemacht. Friedrich Wilhelm II. starb und hinterließ seinen Glauben an das Wunderbare seinen Berlinern, die damit wuchern bis zum heutigen Tage.

Je weniger die Menschen glauben, um so abergläubischer pflegen sie zu sein, und davon machen die Residenzbewohner natürlich keine Ausnahme. 1848, im vollen Schwung der Revolution, lockte das Wundermädchen Luise Braun ganz Berlin in die Schifferstraße. Dies liebenswürdige Geschöpf stand auf äußerst vertraulichem Fuße mit dem Engel Jonathum, und wer ihr Glauben schenkte und zahlte, den heilte sie von allen Gebresten Leibes und der Seele. Der gute Engel gehörte aber zu einer sehr merkwürdigen Sorte von Himmelsbewohnern, denn er half seinem Schützling, einem armen Feldwebel, alle seine Moneten taler- und groschenweise aus der Tasche zu ziehen, — für das Himmelreich, versteht sich. Erst als der dumme Kerl nichts mehr herzugeben hatte, gingen ihm die Augen auf, und da die Polizei leider stets zu den ungläubigen Seelen gehörte, so sperrte sie Luisen ein, und Jonathum verduftete. Täuschen wir uns nicht; Polizei und Staatsanwalt sind machtlos gegen die Ausbeutung der Dummen; die, welche nicht alle werden, sind immer in der Mehrzahl gewesen. Ihnen helfen zu wollen, wäre grausam, sie sind glücklich über die Täuschung und jedem dankbar, der ihnen die Hucke voll lügt.

Ist es in politischen und sozialen Fragen vielleicht ähnlich?

(„Dtsch. Allg. Ztg.“)

§ **Auslandsrückporto.** Die jetzt im internationalen Postverkehr eingeführten internationalen Rückportowertzeichen (coupons-reponse internationals), die den Briefen ins Ausland zur Bezahlung des Rückportos an Stelle der ausländischen Briefmarken beigefügt werden können, werden jetzt auch in Polen zum Umtausch in Briefmarken von den Postämtern angenommen, und zwar erhält man für ein derartiges Wertzeichen im Werte von 50 Centimes eine Briefmarke in Höhe des Auslandsportos für einen 20-Gr.-Brief, für eines im Werte von 25 Centimes eine Briefmarke in Höhe des halben obigen Auslandsportos. Ein Verkauf derartiger Wertzeichen findet nicht statt. Die Wertzeichen müssen innerhalb zwei Monaten, bei in außereuropäischen Ländern gekauften innerhalb sechs Monaten seit dem Ankauf umgetauscht werden. Ein und dieselbe Person darf an einem Tage nicht mehr als 10 aus demselben Lande stammende Wertzeichen umtauschen. (Dz. Ust. 1922 Nr. 45.)

* * *

* **Inowrocław,** 13. Juli. Ein gräßlicher Raubmord wurde diese Nacht im hiesigen jüdischen Waisenhause an der Poznańska-Str. verübt. Hier wohnte seit dem 27. v. M. der etwa 35 Jahre alte Kaufmann Brechmann aus Warschau, der in unserer Stadt zur Kur weilte und gleichzeitig als Vertreter einer Modefirma die hiesige Kundschaft besuchte. Brechmann lernte vor einigen Tagen ein Mädchen namens Józefiak aus Mątwy kennen, mit der er ein Verhältnis anknüpfte. Auf dieses Mädchen fällt nun der Verdacht, den gräßlichen Mord zwecks Beraubung des scheinbar große Barmittel besitzenden Brechmann verübt zu haben. Heute früh fand man im Bett die blutüberströmte Leiche Brechmanns, die einen tiefen bis an die Wirbelsäule reichenden und mit einem Rasiermesser ausgeführten Einschnitt in den Hals aufweist. Der Mordtat muß, wie der „Kuj. B." mitteilt, ein furchtbarer Kampf vorangegangen sein, da nicht nur die Leiche, sondern das Bett, die Zimmerwände, der Fußboden und alle Möbelstücke mit Blut befleckt sind, so daß das ganze Zimmer des Ermordeten einen furchtbaren Anblick darstellt. Die Mörderin mußte durchs Fenster geflohen sein, worauf die Blutspuren schließen lassen. Offenbar hält sich die Mörderin den Tag über irgendwo versteckt, um nachts im Dunkeln zu entfliehen. Die Eltern der Mörderin sagten aus, daß ihre Tochter gestern das Rasiermesser des Vaters unbemerkt mitgenommen habe, denn als sich dieser heute rasieren wollte, vermißte er das Messer.

* **Ostrowo,** 10. Juli. Der 50jährige Former Anton Kłobukowski, welcher bei der Firma Czarliński in Ostrowo beschäftigt war, wurde von seiner Frau vergiftet. Die Frau, welche in Kongreßpolen wohnte, besuchte von Zeit zu Zeit ihren Mann in Ostrowo. Während des letzten Besuches schüttete sie dem Manne Arsenik in ein Getränk; infolgedessen starb der Mann in einigen Augenblicken. Die Mörderin wurde verhaftet. („Pos. Tagebl.")

* **Posen** (Poznań), 13. Juli. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde der Antrag „Erhebung einer Anleihe in Höhe von 10 und 50 Millionen Mark in der Polnischen Landesbank" behandelt und im Sinne des Referenten erledigt. Die Anleihen sollen der Anlage von zwei Badeanstalten, einer in Lazarus und einer in Jersitz, dienen.

* **Posen** (Poznań), 12. Juli. Das Friedensgericht hat eine gewisse Aniela Szymus wegen Diebstahls zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte den Gasometer beseitigt und die Gasröhren mit einem Gummischlauch verbunden. Auf diese Weise gebrauchte sie einige Wochen hindurch kostenfreies Gas, bis sie doch einmal das Geschick ereilte. Sie hat sich zu ihrer Schuld bekannt.

* **Posen** (Poznań), 13. Juli. Die Zahl der Juden in der Stadt Posen, die vor dem Weltkriege rund 6300 betrug, ist infolge der Abwanderung heute auf rund 500 Seelen zurückgegangen; die beiden Synagogen, eine orthodoxe und eine liberale, haben heute zusammen nur noch 100 steuerzahlende Mitglieder, gegen rund 2000 vor dem Kriege. Gleichwohl haben die Gemeindekörperschaften beschlossen, das unter der Leitung des Chefarztes Prof. Dr. Caro stehende jüdische Krankenhaus, das auch von Nichtjuden viel in Anspruch genommen wird, an seiner bisherigen Stelle weiter zu erhalten.

* **Nawitsch** (Rawicz), 12. Juli. Die Wahlen zum Stadtparlament finden am 6. August d. J. statt. Es sind hierfür drei Kandidatenlisten eingereicht worden, welche nur polnische Namen aufweisen. Seitens der deutschen Partei ist diesmal keine Liste aufgestellt worden.

* **Samotschin** (Szamocin), 13. Juli. Aus Liebeskummer ist am Montag vormittag die 26jährige Wirtin eines hiesigen alleinstehenden Herrn freiwillig in den Tod gegangen. Sie hatte Gift genommen und neben dem Bilde des sie Verschmähenden einen Zettel hinterlassen, worauf sie die Ursache ihres freiwilligen Todes angab.

* **Znin,** 12. Juli. Mit 4½ Millionen Mark durchgebrannt ist dem „Rolnik" (dem polnischen Ein- und Verkaufsverein) in Janowitz ein erst vor kurzem verpflichteter Angestellter, der den Auftrag hatte, in Posen 4½ Millionen Mark abzuholen. Allzu lange hat ihn jedoch dieses Geld nicht gedrückt. Er ist bereits von einem Kriminalbeamten festgenommen worden.

*

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz,** 12. Juli. Seit einiger Zeit wurden die Einwohner des Brzeziner und Tomaschower Kreises ständig von Banditen, die in dieser Gegend ihr Unwesen betrieben, beunruhigt. Daher veranstaltete die Polizei im ganzen Kreise eine Razzia. Im Walde Brzestowek hinter Tomaschow stieß die Polizei auf einige Männer, die sich beim Anblick der Polizei versteckten. Als die Polizei sich den Versteckten näherte, ging plötzlich auf diese aus dem Dickicht ein Kugelregen nieder. Es entwickelte sich ein förmlicher Kampf. Nach einiger Zeit ging den Banditen die Munition zu Ende und sie ergriffen die Flucht. Die Polizei verfolgte die Fliehenden und, als sie auf den Anruf nicht stehen blieben, feuerten sie mehrere Schüsse ab, wobei zwei Banditen getötet wurden. Den beiden anderen gelang es, zu entfliehen. Die Erschossenen waren Anführer der gefährlichen Banditenbande.

Kleine Rundschau.

* **Eine großzügige Kunstreise.** Intendant Georg Hartmann vom Deutschen Opernhause, Charlottenburg, wird Ende August ein Ensemble aus ersten deutschen Kräften zusammenstellen und im Januar 1923 mit einem Personal von 250 Köpfen eine Tournee durch Kanada und die Vereinigten Staaten unternehmen, die den ganzen Kontinent von Neuyork bis San Francisco durchqueren wird. Zur Aufführung werden hauptsächlich Wagneropern gebracht.

* **Schöpfungsgeschichte.** In einer Gesellschaft wird die Frage aufgeworfen, wie wohl das Petroleum in der Erde entstanden ist. Ein Herr erklärt die Annahme der Wissenschaft, die die Herkunft der Erdöle auf große Massen von Fischen zurückführt, die durch Erdkatastrophen begraben seien. — „Aber kann aus Fischen denn soviel Fett kommen", fragt eine Dame ungläubig. — „Na, denke doch z. B. Ölsardinen", antwortete ein junges Mädchen ernsthaft.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier. Fr.-T. — Freitaufen.

Sonntag, den 16. Juli 1922. 5. Sonnt. n. Trinitatis.

Bromberg. Paulskirche. 10: Sup. Aßmann. 11¼: Fr.-T. 12 Uhr: Kdr.-Gottesdienst. Donnerstag, abds. 8: Bibelstunde im Gemeindehause, Pf. Hesekiel.

Ev. Pfarrkirche. 10: Pf. Hesekiel*. 12: Kinder-Gottesdienst. 5: weibl. Jugendpflege, Elisabethstr. 9. Dienstag, abds. 7½: Blaukreuz-Versammlung im Konfirman.-Saale.

Christuskirche. 10: Pf. Wurmbach. Fr.-T. 11½: Kdr.-Gottesdienst. Osielsk, nachm. ½4: Gottesdienst.

Luther-Kirche, Frankenstraße 89/90. 10: Gottesdienst, Pf. Harhausen. Nchm. 4: Jugendbund. 6: Erbauungsstunde. Mittwoch, abds. 8: Bibel- u. Gebetsstunde im Gemeindehaus.

Ev.-luth. Kirche, Posenerst. 10: Predigtgottesdienst. 11½: Christenlehre. Freitag 7½: Gottesdienst. Pfr. Paulig.

Landeskirchl. Gemeinsch. Fischerstraße 8b. 2: Sonnt.-Schule. 3½: Jugendbund f. E. C. 5: Evangelisation, Pr. Hesekiel: Mittwoch abds. 8: Bibelstunde. Freitag abds. 8: Gesangsstunde.

Ev. Gemeinsch., Libelta (Bachmannst.). 9½: Gottesdienst. 11: Sonntagsschule. 3: Gottesdienst. 5: Jugendbund. Dienstag, abds. 7: Gesangsübung. Freitag, abds. 8: Gebetstunde.

Bapt.-Gem., Pomorska 26. 9½ Uhr: Gottesdienst, 11 Uhr vorm. Sonntagsschule. 4: Gottesdienst, 5½: Jugend-Verein. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Betstunde.

Vortragssaal, Sienkiewicza (Mittelstr.) 68, I. Sonntag und Mittwoch abds. 8: Vortrag. Freitag abds. 8: Bibelstunde.

Schleusenau. 8: Hauptgottesdienst. 4: Jugendbd. f. E. C. 6: Erbauungsstde., danach Blaukreuz-Verein.

Prinzenthal. 8 Uhr: Gottesdienst, Pf. Wurmbach.

Jägerhof. 8½: Andacht im Altersheim. 10: Hauptgottesdienst. 11½: Kindergottesdienst.